

# STUDIEN

**ULRICH SCHACHTSCHNEIDER**

**POSITIONEN LINKER  
PARTEIEN UND  
BEWEGUNGEN  
ZUR ENERGIE- UND  
KLIMAPOLITIK DER EU**

ULRICH SCHACHTSCHNEIDER ist Energieberater, freier Wissenschaftler und Autor. Er publiziert zu Fragestellungen sozial-ökologischer Transformationen, unter anderem zu den Voraussetzungen einer Postwachstumsgesellschaft und zu Modellen eines ökologischen Grundeinkommens. Er ist Mitglied von Attac, des Instituts Solidarische Moderne sowie des Gesprächskreises «Nachhaltigkeit» der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

## **IMPRESSUM**

STUDIEN wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
und erscheint unregelmäßig

V. i. S. d. P.: Martin Beck

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2194-2242 · Redaktionsschluss: Oktober 2013

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

# INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung .....	5
1 Energiepolitik in der Europäischen Union .....	7
1.1 Vertragliche Ziele und Kompetenzen .....	7
1.2 Strategie der Europäischen Kommission .....	7
1.3 Kritikpunkte von links .....	9
2 Themen und Kontroversen .....	10
2.1 Technologiepolitik (Stromerzeugung) .....	10
2.1.1 Position der Europäischen Kommission .....	10
2.1.2 Positionen linker Parteien und sozialer Bewegungen .....	10
2.2 Vervollkommnung des «integrierten Energiebinnenmarktes» .....	11
2.2.1 Position der Europäischen Kommission .....	11
2.2.2 Positionen linker Parteien und sozialer Bewegungen .....	12
2.3 Marktbasierende Instrumente .....	14
2.3.1 Position der Europäischen Kommission .....	14
2.3.2 Positionen linker Parteien und sozialer Bewegungen .....	16
2.4 Soziale Energiewende .....	18
2.4.1 Position der Europäischen Kommission .....	18
2.4.2 Positionen linker Parteien und sozialer Bewegungen .....	18
3 Fazit .....	22
Literatur .....	24
Abkürzungen .....	27



## EINLEITUNG

Solar, na klar. Über das Ziel der Überwindung fossiler Technologien herrscht inzwischen weitgehend Einigkeit in der europäischen Linken, inner- und außerhalb der Parlamente. Doch damit ist sie nicht allein. Auch die Europäische Kommission will Europa aus der fossilen Abhängigkeit herausführen. Das Ziel heißt «sichere und erschwingliche Energie» für Verbraucher und Industrie.

Wie aber wird die Energiewende sozial? Und welche Veränderungen in Wirtschaft und Politik sind hierfür notwendig? Die grüne Bewegung hat mit dem Green New Deal auf diese Frage ihre vorläufige Antwort gefunden. Welche Ausstrahlung aber könnte/müsste eine «Red sun over Europe» haben? Hier reichen die Vorstellungen linker Parteien und Bewegungen von «Ausbeutung abschaffen» bis zu «neuen Arbeitsplätzen», von «Energiedemokratie» bis zu «mehr Energieeffizienz», von «lokaler Energieautonomie» bis zu einer «EU-weiten Energiesteuer».

Ziel dieser Studie ist, das Spektrum linker Positionen zur Energie- und Klimapolitik in Europa darzustellen. Dabei konzentriert sie sich auf die Auseinandersetzung linker Parteien und Bewegungen mit der Energie- und Klimapolitik der Europäischen Kommission. Nicht berücksichtigt bleiben zum Beispiel die Standpunkte zu den jeweiligen nationalen Energiepolitiken.

Das zentrale Leitbild der Europäischen Kommission findet sich in der Strategie «Energie 2020. Eine Strategie für wettbewerbsfähige, nachhaltige und sichere Energie». Wesentliche Bestandteile sind:

- die Dekarbonisierung der Wirtschaft,
- die Vervollkommnung des «integrierten Energiemarkts»,
- «sichere und erschwingliche» Energie für die Verbraucher,
- der Ausbau der «Führungsrolle» Europas bei den Energietechnologien.

Diese Leitideen konkretisieren sich in Regulierungen, Richtlinien, Förderpolitiken etc. und werden die Energiepolitiken in den Mitgliedsstaaten zunehmend prägen. Die Antworten von linker Seite auf diese Leitideen fallen – soviel kann hier schon gesagt werden – höchst unterschiedlich aus. Sie reichen von handwerklicher Kritik über Reformvorschläge bis zu Systemkritiken.

### METHODISCHES VORGEHEN

Als linke Parteien werden hier diejenigen Parteien gefasst, die sich jenseits der Sozialdemokratie und der grünen Bewegung selbst als solche definieren, das heißt sich in der Europäischen Linken (EL) zusammengeschlossen haben. Hinzu kommen Parteien, die mit der Fraktion Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europaparlament assoziiert sind. Unter linker Bewegung werden sowohl die «alte soziale Bewegung», das heißt die Arbeiterbewegung in Form von Gewerkschaften, als auch neue soziale Be-

wegungen wie Attac verstanden. Ebenfalls einbezogen in die Untersuchung sind klimapolitisch engagierte Umweltverbände, auch wenn diese sich selbst nicht als links definieren. Ihre Position ist aber aufgrund ihrer spezifischen Ausrichtung auf Energie- und Klimapolitik von besonderem Interesse, will man das Gesamtspektrum der kritischen Stellungnahmen einfangen.

Um die Positionen dieser verschiedenen linken Parteien und Bewegungen zu zentralen Bereichen der Energiepolitik der Europäischen Kommission zu erfassen, wurden in einem ersten Schritt Dokumente wie Pressemitteilungen, Parteiprogramme oder Grundsatzpapiere ausgewertet. Darüber hinaus wurde eine standardisierte Befragung durchgeführt. Hierfür wurden Fragebögen (in den Sprachen Deutsch und Englisch) an sämtliche in der EL und der Fraktion GUE/NGL vertretenen Parteien sowie an eine Reihe von NGOs verschickt. Von den 17 angeschriebenen Linksparteien haben sechs den Fragebogen beantwortet. Hierbei handelt es sich um: DIE LINKE (Deutschland), Enhedslisten – De rød-grønne (Einheitsliste – Die Rot-Grünen aus Dänemark), die Socialistische Partij (Niederlande), die Kommunistische Partei Österreichs, die Parti de Gauche (Frankreich) und die Partei Vasemmistoliitto (Finnland). Von den süd- und osteuropäischen Parteien kamen keine Rückmeldungen, auch auf mehrmalige Nachfrage hin nicht. Über die Gründe kann hier nur gemutmaßt werden. Neben sprachlichen Hürden gibt es für die Parteien im Süden wahrscheinlich aktuell drängendere politische Herausforderungen. Vielleicht fehlt auch schlicht die Expertise zu den hier behandelten Themen, ist eine Auseinandersetzung mit europäischer Energiepolitik noch nicht entwickelt.

Von neun angefragten sozialen Bewegungen antworteten sechs: die European Trade Union Confederation, das Climate Action Network Europe, das Green Network Zagreb (Zelena mrežaa aktivističkih grupa), die Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien Eurosolar e. V., die Arbeitsgruppe Energie-Klima-Umwelt von Attac in Deutschland sowie Carbon Trade Watch. Von den eher aktivistisch orientierten Gruppen (zum Beispiel Gegenstrom oder Climate Justice Action) kam kein Rücklauf. Auch hier kann nur gemutmaßt werden, warum: Vielleicht fehlt eine klare Zuständigkeit, vielleicht sind unsere Fragestellungen nicht im Fokus dieser Organisationen. Bei einigen der Parteien beziehungsweise Organisationen, die den Fragebogen nicht ausgefüllt haben, konnten jedoch von ihnen veröffentlichte Dokumente zur Auswertung herangezogen werden.

In einem zweiten Schritt sind auf der Basis der Antworten sowie der Auswertung der veröffentlichten Dokumente insgesamt 18 Steckbriefe entstanden mit Aussagen jeder Organisation zu den Themen:

- Förderung von Energietechnologien,
- Integration des europäischen Energiemarktes,

- marktbasierte Instrumente,
- faire und sichere Transformation des Energiesektors,
- Eigentumsfragen,
- Hauptkritikpunkte in Bezug auf die EU-Energiepolitik,
- Alternativen zur EU-Energiepolitik.

In einem dritten Schritt konnten dann zu insgesamt fünf Themenbereichen «Positionsfelder» abgesteckt werden. Mit ihrer Hilfe kann das Spektrum der Haltungen visualisiert werden anhand ihres Verhältnisses zur Position der Europäischen Kommission und einer dazu aufgestellten Antithese. Die vier Themenbereiche sind:

- Technologiepolitik (vor allem Stromerzeugung),
- Integration des europäischen Energiemarktes,
- marktbasierende Instrumente (Emissionshandel/Energiebesteuerung),
- soziale Energiewende (aus Sicht der Verbraucher und Produzenten).

Die Positionierungen und Forderungen der europäischen linken Parteien und sozialen Bewegungen zur Energiepolitik der EU variieren sehr stark, mal ist von «ökologischer Modernisierung» die Rede, mal von einem notwendigen «Systemwechsel». Bislang gibt es nur wenige punktuelle Übereinstimmungen. Man ist weit entfernt von einer überzeugenden und konsistenten eigenen Erzählung und Programmatik. Viel zu unklar bleibt etwa die Rolle des Marktes, umstritten ist auch, welche Ebene (lokal, national oder europäisch) für die Energiepolitik maßgeblich ist und wie eine soziale Energiewende aussehen kann.

Die Ergebnisse dieser Studie wurden auf einer von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen organisierten Konferenz mit dem Titel «Solidarisch und solar! Linke Perspektiven zur europäischen Energiepolitik» am 7./8. August 2012 in Köln sowie auf einem Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 21. Februar 2013 in Berlin vorgestellt und diskutiert. Positiv

wurde vermerkt, dass mit dieser Studie erstmalig ein Überblick über die energiepolitischen Strategien in der Europäischen Union und die bisherigen Reaktionen der Linken darauf gegeben wird.

Diskussionspunkte waren unter anderem:

- der Umgang mit der «Vergrünung» des Kapitalismus, Einschätzung der neuen «grünen ökonomischen Akteure»,
- die ökologische und ökonomische Sinnhaftigkeit von zentralen Produktionsanlagen im Bereich erneuerbare Energien,
- die Verengung der bisherigen linken Perspektive in der Debatte über die Energiewende auf die Erzeugerseite, Ausblendung der Folgen für Zirkulation und Konsumtion,
- die Motivation für die gewerkschaftliche Akzeptanz aller Energieträger und Technologien,
- der Stand der energiepolitischen Diskussion und Programmatik in europäischen linken Parteien und Bewegungen, die sich – wie die Rückmeldungen auf unsere Anfrage zeigen – noch nicht ausreichend auf die Strategie der Europäischen Kommission beziehen.

Die Debatten zeigten, dass ein großer Informations- und Diskussionsbedarf hinsichtlich grundsätzlicher Fragen besteht. Dies gilt für die Einschätzung des Charakters der bisherigen Energiepolitik genauso wie für die Entwicklung einer linken programmatischen Alternative. Festgehalten wurde, dass insbesondere auf der europäischen Ebene die Vernetzung von wissenschaftlichen und politischen Akteuren unterstützt werden sollte mit dem Ziel, inhaltliche Grundlagen und Kriterien einer Energiewende mit solidarischem und emanzipatorischem Charakter systematischer zu erarbeiten. Diese Untersuchung soll hierzu ein erster Anstoß sein und dazu beitragen, die Diskussion über Alternativen der Linken zur neuen Wachstumsidee des Green New Deal voranzutreiben.

# 1 ENERGIEPOLITIK IN DER EUROPÄISCHEN UNION

## 1.1 VERTRAGLICHE ZIELE UND KOMPETENZEN

Energiepolitik hat in der Europäischen Union stetig an Bedeutung gewonnen. Zwar fehlte im EG-Vertrag bis zum Vertrag von Lissabon ein eigener Politikbereich Energie. Doch dies bedeutete nicht, dass die EU über keine Rechtssetzungskompetenzen auf diesem Gebiet verfügte. Zum einen hatte die EG sich die Aufgabe gesetzt, zum Ausbau der transeuropäischen Netze im Bereich der Energieinfrastruktur beizutragen. Zum anderen dürfte der Erlass zu umweltpolitischen Maßnahmen die «Wahl eines Mitgliedslandes zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur seiner Energieversorgung erheblich berühren» (Artikel 175 EG-Vertrag). Nicht zuletzt stellen die Energieproduktion und der Energiehandel einen wichtigen Teil des Binnenmarktes dar, womit für sie das entsprechende Wettbewerbsrecht und die Rechtsangleichungskompetenzen der EU gelten.

Mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Jahre 2009 wurde dann ein eigener Politikbereich Energie im «Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union» (AEU) verankert. Als energiepolitische Ziele sind dort definiert:

- Sicherstellung des Funktionierens des Energiemarktes,
- Förderung der Interkonnektion der Energienetze, das heißt ihrer grenzüberschreitenden Verbindung,
- Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit in der EU,
- Förderung von Energieeffizienz und von erneuerbaren Energien.

Bei der Verfolgung dieser Ziele sollen drei Grundsätze berücksichtigt werden: «Solidarität» zwischen den Mitgliedsstaaten, Einordnung in die Realisation des Binnenmarktes sowie Umweltschutzerfordernisse.

Mit dem Vertrag von Lissabon erhielt die EU neue energiepolitische Kompetenzen. In Artikel 4 ist Energiepolitik als einer der Hauptbereiche genannt, in denen die EU und die Mitgliedsstaaten eine geteilte Zuständigkeit haben. Beide können gesetzgeberisch tätig werden. Die Mitgliedsstaaten dürfen dies allerdings nur, soweit die EU nicht bereits ihre Kompetenz wahrgenommen hat, also ihrerseits Gesetze erlassen hat. Es gibt allerdings eine Ausnahme: Die Energiepolitik der EU darf das Recht von Mitgliedsstaaten, bestimmte Energien zu fördern und über den eigenen Energiemix zu bestimmen, nicht beschneiden. Diese Kompetenz verbleibt bei den Mitgliedsländern. So dürfen diese zum Beispiel Maßnahmen zur Förderung von erneuerbaren Energien oder zur Energieeinsparung ergreifen (exemplarisch seien hier das Erneuerbare-Energien-Gesetz oder die Energiesteuer in Deutschland genannt).

Auf den Umwelttitel des neuen EU-Vertrags (Artikel 192) bezogene energiepolitische Maßnahmen sind aber auch dann möglich, wenn sie die nationale Energieträ-

gerstruktur beeinflussen. Ein Beispiel ist die Erneuerbare-Energien-Richtlinie (2009), die das Ziel formuliert, bis zum Jahr 2020 20 Prozent der Energie aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen. Die Umsetzung soll von den Mitgliedsländern selbst in Form von nationalen Aktionsplänen vorgenommen werden, für die es allerdings Vorgaben gibt. So soll Deutschland beispielsweise eine Reduktion von 18 Prozent erreichen. Ein weiteres Beispiel für umweltpolitisch begründete EU-Regulierungen, die Einfluss auf den Energiemix in den einzelnen Ländern nehmen, sind die Festlegungen zum Emissionshandel innerhalb der Europäischen Union (EU-ETS).

Für die Energiegesetzgebung der EU gilt das «ordentliche Gesetzgebungsverfahren»: Der Europäische Rat und das Europäische Parlament entscheiden gemeinsam auf Vorschlag der Europäischen Kommission. Einige sehen darin eine Aufwertung der Rolle des Parlaments in der Energiepolitik: Zuvor entschied der Rat allein, das Parlament war lediglich anzuhören. Als Nachteil und entscheidendes Hemmnis für eine Intensivierung europäischer Energiepolitik wird jedoch vielfach die weiterhin bestehende Anforderung der Einstimmigkeit im Rat gesehen. So gebe es in der EU keine Mehrheit, die das Ziel einer regenerativen Vollversorgung unterstütze (vgl. Hey 2010). In der Kommission und bei vielen Mitgliedsstaaten herrsche die Vorstellung vor, es müssten alle «emissionsarmen Energieträger» (Atom, Kohle, CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung, erneuerbare Energien) gleichermaßen gefördert werden.

Eine deutliche Tendenz der letzten Jahre ist die Vereinheitlichung und Kompetenzerweiterung der EU. So soll zum Beispiel der europäische Energiebinnenmarkt bis 2014 vollendet werden: durch einen diskriminierungsfreien Marktzugang für alle Energieanbieter, einen einheitlich regulierten Netzzugang für alle Energieproduzenten sowie durch die Trennung von Erzeugung und Netzbetrieb.

## 1.2 STRATEGIE DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

In der im Jahr 2011 vorgelegten «Energy Roadmap 2050» bekennt sich die Europäische Kommission zum Ziel der Reduktion der Treibhausgasemissionen im Energiesektor um 85 Prozent bis zum Jahr 2050 (Europäische Kommission 2011). Dies kann als wichtiger Markstein betrachtet werden, auf die sich die Ökologebewegung und andere Akteure beziehen können – ganz unabhängig von vielen offenen Fragen wie die, ob die EU in ihrer gegenwärtigen Verfassung überhaupt über die notwendigen Steuerungsmöglichkeiten und -fähigkeiten verfügt, um ein solch ambitioniertes Ziel zu erreichen, ob eine Einigung zwischen den 27 Mitgliedsländern auf gemeinsame energiepolitische Konsequenzen überhaupt realistisch erscheint oder ob diese Vorgabe mit der vorherrschenden Wachstumsstrategie vereinbar ist. Die Dekarbonisierung stellt für

die Kommission gleichzeitig einen weiteren Schritt in Richtung Vollendung des europäischen Binnenmarktes dar. Das Primat des Marktparadigmas hat zum einen historische Gründe, wurde die EU doch als Wirtschaftsgemeinschaft gegründet, mit dem Ziel, den inneren Handel auszuweiten und den Außenhandel zu stützen. Zum anderen zeigt sich darin die anhaltende Hegemonie neoliberaler Ideologie und Politik.

Welchen Weg die Europäische Kommission zur Reduktion der energiebedingten Emissionen einschlagen will und wie sie dies mit dem Ziel von mehr Markt, Wettbewerb und Wachstum vereinbaren will, kommt gut in dem 2010 veröffentlichten Dokument «Energie 2020. Eine Strategie für wettbewerbsfähige, nachhaltige und sichere Energie» zum Ausdruck (vgl. Europäische Kommission 2010). Dort werden die aus Kommissionssicht grundlegenden energiepolitischen Problemfelder dargelegt, mittelfristige Ziele ihrer Energie- und Klimapolitik formuliert sowie erste Umsetzungsschritte und Aktivitäten angekündigt.

Die Strategie 2020 nennt fünf energiepolitische Schwerpunkte der EU: erstens mehr Energieeffizienz, zweitens ein integrierter Energiebinnenmarkt, drittens «sichere» und «erschwingliche Energie» für Verbraucher und Unternehmen, viertens Ausbau der «Führungsrolle» Europas bei den Energietechnologien und fünftens Stärkung der Energieaußenpolitik.

### 1) Energieeffizienz

Ziel ist die Entkopplung von Energieeinsatz und Wirtschaftswachstum. Effizienz sei die wirtschaftlichste Art, Emissionen zu senken, entlaste Haushalte und die Industrie von Kosten und fördere Arbeitsplätze im Export. Bis 2020 soll die Energieeffizienz um 20 Prozent gesteigert werden. Als wesentliche Bereiche werden der Gebäude- und Verkehrssektor genannt. Umgesetzt werden soll das Effizienzziel unter anderem durch EU-weite Vorgaben für Produkte (Ökodesign-Richtlinie) sowie nationale Aktionspläne im Rahmen der Effizienzrichtlinie. Neben ordnungsrechtlichen Ge- und Verboten sollen «innovative und sorgfältig erwogene Formen der Besteuerung und Kostenanlastung», also ökonomische Instrumente wie etwa eine CO<sub>2</sub>-Steuer, geprüft werden.

Als nächste Schritte werden folgende «Aktionen» genannt:

- Anreize für Investitionen in die Gebäudesanierung, Energiekennzeichnung (zum Beispiel durch Energieausweise, beispielhaftes Vorgehen öffentlicher Institutionen, Nutzung von Energiedienstleistern),
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch Effizienzsteigerungen in der Industrie (unter anderem durch Kennzeichnung von Produkten, freiwillige Vereinbarungen, Energiemanagementsysteme),
- Stärkung der Effizienz im Bereich Energieversorgung (zum Beispiel sollen Versorger Einsparungen ihrer Verbraucher dokumentieren und sicherstellen),
- optimale Nutzung der nationalen Aktionspläne für Energieeffizienz (unter anderem Nutzung von Indikatoren, jährliche Überprüfung, Benchmarking).

### 2) Integrierter Energiebinnenmarkt

Ausgangspunkt der Kommission ist der Befund, dass der Bereich der Strom- und Gasversorgung längst noch nicht binnenmarktförmig organisiert sei, sondern hier nationale Märkte mit hohem Konzentrationsgrad und eingeschränktem Wettbewerb (durch regulierte Preise) dominieren würden. Ein stärker integrierter Energiebinnenmarkt werde vor allem für die grenzüberschreitende Versorgung und den europaweiten Handel mit erneuerbaren Energien benötigt. Dazu sei eine bestimmte Harmonisierung der nationalen Regelungen nötig, etwa der Einspeisevergütungen und Förderinstrumente. Bis zum Jahr 2020 sollen Basisnetze für Strom und Gas mit intelligenten Steuerungs- und Ablesetechniken (*smart grids, smart metering*) geschaffen werden.

Als nächste Schritte werden unter anderem folgende «Aktionen» genannt:

- Durchsetzung der Energiebinnenmarkt-Vorschriften durch Konsolidierung des Regulierungsrahmens für Netze, die Festlegung technischer Normen zur Sicherstellung der grenzüberschreitenden Verbindung von Netzen,
- Marktkopplung bis 2015, kein Mitgliedsstaat soll dann mehr abgetrennt vom Energiebinnenmarkt sein,
- Unterstützung der Mitgliedsländer bei der Einführung intelligenter Netze und Zähler.

### 3) «Sichere» und «erschwingliche Energie» für Verbraucher und Unternehmen

Mit einem gut funktionierenden Binnenmarkt, so die Argumentation, wären eine größere Auswahl und niedrigere Preise für Verbraucher und Unternehmen verbunden. Zu überwinden sei die mangelnde Ausübung der Marktmacht der Privatverbraucher. Zudem müsse über Energieeinsparungsmöglichkeiten aufgeklärt werden. Dadurch könnten durchschnittlich bis zu 1.000 Euro an Energiekosten pro Haushalt gespart werden. «Schutzbedürftige Verbraucher» sollen von den Mitgliedsstaaten gezielt unterstützt werden, entsprechend den Leitlinien der EU.

Als nächste Schritte werden unter anderem folgende «Aktionen» genannt:

- Durchsetzung von Wettbewerbsregeln,
- Maßnahmen zur Sicherung der Funktion der Privatkundenmärkte (zum Beispiel Regeln bei Versorgerwechsel, Preisvergleichsinstrumente).

### 4) Ausbau der «Führungsrolle» Europas bei den Energietechnologien

Um das Ziel einer Dekarbonisierung bis 2050 zu erreichen, sollen diverse Technologien (weiter-)entwickelt werden. Damit soll gleichzeitig die Führungsrolle Europas im Bereich der Energietechnologien ausgebaut werden.

Als nächste Schritte werden unter anderem folgende «Aktionen» genannt:

- Initiierung neuer europäischer Großprojekte (Entwicklung intelligenter Netze, Stromspeichertechnologien)



- nologien und Biokraftstoffe der zweiten Generation, «intelligente Städte»),
- Sicherung der «langfristigen technologischen Wettbewerbsfähigkeit der EU»,
- Behauptung der Führungsrolle beim «International Thermonuclear Experimental Reactor» (ITER; im Bau befindlicher internationaler Fusionsreaktor zu Experimentierzwecken),
- Entwicklung eines Forschungsprogramms «Energiestoffe» (zum Beispiel zur Erforschung eines Ersatzes für Seltene Erden).

### 5) Stärkung der Energieaußenpolitik

Das Gewicht des europäischen Energiemarktes mit 500 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern soll in internationale Verhandlungen (Freihandelsabkommen, Kooperationen) mit Drittländern eingebracht werden, um als Union gemeinsam mehr zu erreichen. Ziele seien «Energiesicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit». Bis 2020 soll Europa über «erhebliche zusätzliche Energieversorgungsquellen und -wege» verfügen. Wichtig seien eine «Diversifizierung der Brennstoffe, Bezugsquellen und Transitstrecken».

Als nächste Schritte werden unter anderem folgende «Aktionen» genannt:

- technische und rechtliche Integration der Energiemärkte der EU und ihrer Nachbarstaaten,
- Aufbau «privilegierter Partnerschaften» mit Liefer- und Transitländern,
- globales politisches Engagement für eine Politik der Dekarbonisierung, vor allem in Schwellenländern.

### 1.3 KRITIKPUNKTE VON LINKS

Linke Parteien, soziale Bewegungen sowie verschiedene Akteure aus der Ökologiebewegung haben sich immer wieder aus verschiedenen Perspektiven kritisch zu den energie- und klimapolitischen Strategien der EU und entsprechenden Maßnahmen und Politiken geäußert. Folgende Grundlinien der Kritik können in einem ersten Schritt voneinander unterschieden werden.

*Sie meinen es nicht ehrlich:* Die Behauptung, man will eine Umstellung der Energiewirtschaft in Richtung Dekarbonisierung, ist nur Rhetorik, klimapolitische Fortschritte sind der Europäischen Kommission im Prinzip egal. Energie- und Klimapolitik wird nur so weit betrieben, wie es den europäischen Großkonzernen Gewinne bringt.

*Es fehlt der Ehrgeiz:* Die EU-Energiepolitik ist zu zaghaft bei den ökologischen Zielen wie Emissionsminderungen, Effizienzverbesserungen und so weiter.

*Es werden die falschen Technologien gefördert:* Im Energiemix der EU sind auch Atomenergie, CO<sub>2</sub>-Abscheidungen und -Speicherungen, Fracking, Wüstenstrom sowie Offshore-Wind enthalten.

*Es werden die falschen Firmen unterstützt:* Die Wende zum grünen Kapitalismus und zur Dekarbonisierung wird genutzt, um die Macht der Großkonzerne zu stützen. Kleine Newcomer werden systematisch benachteiligt.

*Es werden die falschen Methoden angewandt:* Die Europäische Kommission setzt zu stark auf Liberalisierung und Privatisierung und zu wenig auf verbindliche ordnungspolitische Vorgaben.

*Es fehlt der soziale Blick:* Die Auswirkungen der Energiewende auf Arbeitsplätze und die Belange von Menschen mit niedrigem Einkommen werden nicht ausreichend berücksichtigt.

Bei dieser Auflistung handelt es sich um den Versuch einer Typologisierung von Argumenten, die in der Praxis jedoch selten in dieser Reinform auftreten, sondern mit unterschiedlichen Gewichtungen und kausalen Verknüpfungen. Da es hier um eine Darstellung von linken Positionen zur europäischen Energiepolitik geht, wie sie von der Europäischen Kommission propagiert wird, vernachlässigen wir im Folgenden Kritiken, die vor allem die mangelnde Geschwindigkeit der Energiewende, die fehlende Ehrlichkeit der Akteure, die Alibi-funktion von Klimapolitik oder etwa die Verschleierung von geostrategischen und weltmarktorientierten Ambitionen beklagen (womit keine Aussage über den Gehalt dieser Kritikpunkte getroffen werden soll).

Dieser Untersuchung liegt allerdings die Annahme zugrunde, dass hinter den strategischen Überlegungen und Plänen der Europäischen Kommission zur Energiewende eine gewisse ernsthafte Absicht steht und es Sinn macht, sich kritisch mit dieser auseinanderzusetzen. Anknüpfend an die oben dargestellten Grundrichtungen der Kritik werden im Folgenden vier Themenbereiche beziehungsweise damit verbundene Kontroversen näher untersucht.

*Technologiepolitik:* Welche CO<sub>2</sub>-mindernden Technologien sind weiter zu fördern, welche nicht? Aus welchen Gründen?

*Energiebinnenmarkt:* Sollte es einen EU-weiten Markt für erneuerbare Energien geben? Sollte es eine EU-weite Harmonisierung des Energiesektors (in Bezug auf Steuern, Anreize und Regulierungen) geben? Welche Eigentumsformen sind notwendig für die Energiewende?

*Ökonomische Instrumente:* Welche Rolle können Emissionshandel, Steuern, garantierte Einspeisevergütungen, Subventionen und andere ökonomische Anreize spielen?

*Soziale Transformation, soziale Energiewende:* Wie werden ärmere Konsumentinnen und Konsumenten geschützt? Wie werden freigesetzte oder von Entlassung bedrohte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschützt?

Mit diesen Schwerpunkten kann ein Bild gezeichnet werden von der europäischen Energiepolitik als Gesellschaftspolitik. Deutlich werden soll, welche Gesellschaft und Wirtschaft die Europäische Kommission mit ihrer Energiepolitik anstrebt beziehungsweise zu welchen Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft ihre propagierte Politik führen würde. Zugleich werden die Kritikpunkte von linker Seite und die von ihr formulierten Alternativen vorgestellt.

## 2 THEMEN UND KONTROVERSEN

Im Folgenden werden die Positionen der Europäischen Kommission mit denen der linken Parteien und Bewegungen verglichen. Dies geschieht in folgenden Schritten: Zunächst wird die Kommissionsposition dargestellt. Sie dient als (gedachter) Bezugspunkt für alle anderen Standpunkte. Danach werden die Standpunkte der linken Parteien und Bewegungen dargestellt. Ein Überblick über das Spektrum ihrer Positionen, im Folgenden Positionsfeld genannt, erschließt sich, indem der jeweilige Abstand zur Kommissionsposition betrachtet wird. Für jedes der vier Themenfelder Technologiepolitik (Stromerzeugung), Integration des Energiemarktes, marktbasierende Instrumente und soziale Energiewende werden alle Positionen auf dem Positionsfeld platziert, welches sich aufgespannt zwischen der «These» der Europäischen Kommission und der «Antithese» des am weitesten davon entfernten Standpunktes.

### 2.1 TECHNOLOGIEPOLITIK (STROMERZEUGUNG)

#### 2.1.1 Position der Europäischen Kommission

Ziel der Kommission ist es, die «Führungsrolle Europas im Bereich der Energietechnologien und Innovation auszubauen». Als wichtigste CO<sub>2</sub>-mindernde Technologien, die beschleunigt vorangetrieben werden sollen, gelten: Biokraftstoffe der zweiten Generation, Kernenergie der nächsten Generation, *Carbon Capture and Storage* (CCS), intelligente Netze, Stromspeicherung, Elektromobilität sowie Heizen und Kühlen auf der Basis von erneuerbaren Energien. Im Folgenden wird die Strategie der Kommission zur Zukunft der Stromerzeugung genauer betrachtet.

Bis zum Jahr 2050 sollen die Treibhausgasemissionen bei der Stromerzeugung um 95 Prozent gesenkt werden (vgl. Europäische Kommission 2011). Als Zwischenziel wird für 2030 ein Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von 35 Prozent angestrebt (vgl. Europäische Kommission 2009). Direkte Vorgaben zur Ausgestaltung des Energiemix macht die Kommission dagegen nicht, da die Mitgliedsländer in dieser Hinsicht souverän sind. Es herrscht aber die Auffassung vor, dass die Dekarbonisierung mit einer Kombination aus allen CO<sub>2</sub>-reduzierenden Technologien, also mit erneuerbaren Energien, Atomenergie, Kohle und *Carbon Capture and Storage* (CCS), erreicht werden soll. In der Forschungs- und Entwicklungspolitik werden dementsprechend alle Technologien gefördert.

#### 2.1.2 Positionen linker Parteien und sozialer Bewegungen

Die Positionen linker Parteien und Bewegungen zu verschiedenen Technologien der Stromerzeugung reichen vom technikneutralen «anything goes» bis hin zur Forderung nach einer «strikten Dezentralisierung» bei der Energieerzeugung.

Alle linken Organisationen halten eine möglichst dezentrale Stromerzeugung für sinnvoll. Uneinig ist man sich dagegen bei der Einschätzung von Großanlagen zur erneuerbaren Stromerzeugung. Es gibt einige linke Parteien, zum Beispiel die tschechische Komunistická strana Čech a Moravy (KSČM), die niederländische Socialistische Partij (SP) und die französische Front de Gauche, und Gewerkschaften (z. B. der Dachverband ETUC), die jegliche CO<sub>2</sub>-reduzierende Technologie unterstützen und daher auch für zentralistische Energieprojekte sind. Die linken Parteien im Norden unterstützen ebenfalls ganz allgemein den Ausbau erneuerbarer Energieträger und Technologien, darunter Offshore-Windanlagen oder Projekte zur Erzeugung von Ökostrom an energiereichen Standorten wie Desertec-Solar, weil sie kein grundsätzliches Problem mit den etablierten Energiekonzernen haben, die in der Regel solche Anlagen betreiben. Mit dieser Haltung kommen sie der Position der Europäischen Kommission recht nahe.

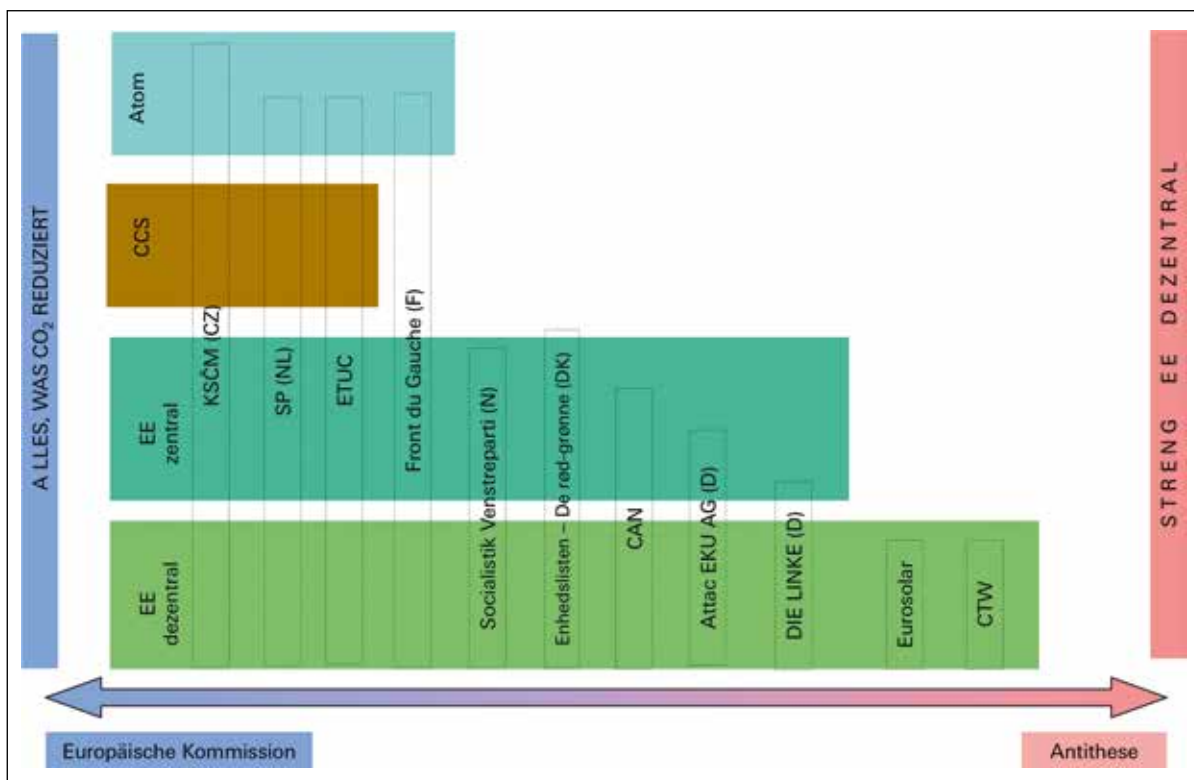
Die deutschsprachigen linken Parteien (DIE LINKE und die Kommunistische Partei Österreichs) hingegen stehen zentralistischen Großprojekten wie Offshore-Windparks skeptisch bis ablehnend gegenüber. Das Wüstenstromprojekt Desertec etwa wird von der LINKEN mit der Begründung abgelehnt, es diene nur zur Absicherung der Marktmacht der großen Energiekonzerne. Der Dachverband von Umweltorganisationen, das Climate Action Network (CAN) in Europa, wiederum befürwortet Wüstenstromprojekte nur unter der Bedingung, dass Europa sein eigenes Potenzial zum Ausbau erneuerbarer Energiequellen und -träger noch stärker nutze. Offshore-Windparks hingegen gelten ihm als wichtiger Teil der angestrebten Energiewende. Attac hat keine einheitliche Meinung zu Großanlagen, fordert jedoch, die Wüstenstromprojekte in Nordafrika sollten für den Eigenverbrauch vor Ort produzieren. Die am weitesten von der Europäischen Kommission entfernte Position nimmt Eurosolar ein. Die Vereinigung setzt auf eine rein dezentrale Stromerzeugung ohne ein europäisches Stromnetz. Großprojekte haben in ihrem Konzept folgerichtig keinen Platz. Auch für die Aktionsgruppe Carbon Trade Watch, die für die Abschaffung des Emissionshandels eintritt, sind erneuerbare Energien nur dann nachhaltig, wenn die Stromerzeugung dezentral erfolgt.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Einschätzung der Energiequelle Biomasse. Auch hier gibt es zustimmende Positionen von den Gewerkschaften und einigen Parteien, die alle CO<sub>2</sub>-reduzierenden Technologien fördern wollen. Die nordischen und deutschsprachigen linken Parteien sind ebenso wie die sozialen Bewegungen auch in Bezug auf Biomasse skeptischer und knüpfen (mehr oder weniger) strenge Bedingungen an ihre Nutzung (kein Import, keine Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelerzeugung, keine Monokulturen).

Auch bezüglich der Atomenergie gibt es kein einheitliches Bild, betrachtet man die Positionen der europäischen Linken. Während die Mehrheit sich gegen ihre Nutzung ausspricht, befürworten die linken Parteien in der Tschechischen Republik, die Česká strana sociálně demokratická (CSSD) und die KSČM, sie als saubere, relativ preiswerte und unabhängig machende Energiequelle. Die holländischen Sozialisten lehnen zwar die Nutzung von Atomkraft auf dem heutigen Stand ab, wollen aber nicht ausschließen, dass man diese bei verbesserten Sicherheitsstandards in Zukunft noch einmal benötigen werde. Die Front de Gauche plädiert für eine ergebnisoffene Debatte über den richtigen Energiemix. Dabei könne vom Atomausstieg bis zur Weiterführung der Kernkraftwerke («sicher und öffentlich») alles herauskommen. Der Gewerkschaftsdachverband ETUC vermeidet – in seiner Funktion als Interessenvertretung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus allen Branchen – eine klare Positionierung gegen eine der Technologien zur CO<sub>2</sub>-Reduktion.

Die Positionen zu «intelligenten Netzen» und zu Stromspeichertechnologien leiten sich aus diesen Grundpositionen ab. Die «Technikneutralen» halten alle Speicher- und Netztechnologien für förderungswürdig, während die strikten Verfechter des Prinzips Dezentralität Technologien wie die Hochspannungsgleichstromübertragung (HGÜ) oder ein europäisches Hochleistungs-Verbundnetz (*European super grid*) ablehnen.

Abb. 1: Positionsfeld «Stromerzeugung»



## 2.2 VERVOLLKOMMUNG DES «INTEGRIERTEN ENERGIEBINNENMARKTES»

### 2.2.1 Position der Europäischen Kommission

Ausgangspunkt ist die Analyse der Europäischen Kommission, dass das Strom- und Gasgeschäft noch nicht vollständig binnenmarktförmig organisiert sei. Bei den meisten Energiemärkten handle es sich noch um «nationale Märkte mit einem hohen Konzentrationsgrad, wobei die etablierten Unternehmen vielfach de facto eine Monopolposition» innehätten (Europäische Kommission 2010: 10). Zudem sieht die Kommission in regulierten Preisen eine «wettbewerbswidrige Praxis». Ein vollendeter Binnenmarkt im Bereich Energie senke die Kosten für die Endverbraucherinnen und -verbraucher auf zwei Weisen: Zum einen könnten Preissteigerungen, die angesichts der weltweit steigenden Nachfrage nach fossiler Energie zu erwarten seien, kompensiert werden. Zum anderen könnte er die Kosten der Förderung und des Einsatzes erneuerbarer Energien minimieren, da entsprechende Anlagen und Kraftwerke nur dort installiert würden, wo sie am günstigsten zu betreiben seien.

Mit der Erneuerbare-Energien-Richtlinie – die verbindliche Vorgaben für jedes Mitgliedsland macht, um das allgemeine Ziel, bis zum Jahr 2020 20 Prozent der Energie aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen, zu erreichen – sei ein erster Schritt in die richtige Richtung getan. Jedes Land sei nun aufgefordert, in einem nationalen Aktionsplan darzulegen, wie hoch die Anteile an erneuerbaren Energien in den Sektoren Verkehr, Elektrizität und Wärme ausfallen sollen und mit welchen

Maßnahmen und Reformen, etwa beim Zugang zu den Elektrizitätsnetzen, diese Neustrukturierung des Energiemarktes erreicht werden soll. Der Rechtsrahmen der Erneuerbare-Energien-Richtlinie müsse aber vollständig durchgesetzt werden, um Investitionen in Produktions-, Transport- und Speicheroptionen die erforderliche Sicherheit zu geben.

Eine Zeitlang werden nach Ansicht der Europäischen Kommission noch staatliche Förderungen für den Ausbau von erneuerbaren Energien nötig sein, die allerdings den Wettbewerb nicht behindern dürften. Anzustreben sei jedoch ein «erforderliches Maß» an Konvergenz und Harmonisierung der nationalen Regelungen, damit aus den nationalen und lokalen Märkten für erneuerbare Energien eine grenzüberschreitende Versorgung hervorgehen könne. Die Anforderungen an einen europaweiten Handel mit erneuerbaren Energien sollten sich an bereits erprobten erfolgreichen Verfahren orientieren. Zum Einsatz kommen sollten «ausgewogene, kosteneffiziente und berechenbare Einspeisevergütungen» sowie «technologiespezifische Förder- und Finanzierungsinstrumente». Die direkten und indirekten Subventionen für fossile Energien sollten «allmählich» bis 2020 auslaufen.

Bis dahin, so der Plan, soll es zudem leistungsstarke europäische Verbundnetze für Strom und Gas geben, damit die Energien dorthin fließen, «wo sie benötigt werden», in die «verbrauchsstarken Gebiete». Die Netze sollten mit intelligenten Steuerungs- und Erfassungstechniken (*smart grids* und *smart metering*) ausgerüstet sein. Sie stellten damit den Schlüssel dar zur «vollständigen Nutzung des Potenzials, das erneuerbare Energien und Energieeinsparungen sowie verbesserte Energiedienstleistungen bergen». Dazu seien gemeinsame Standards notwendig. Bezahlt werden sollen die Investitionen vorwiegend von den Nutzerinnen und Nutzern. Wo die Kosten nicht über den Markt zu decken seien, solle die EU Subventionen vergeben. Bei Projekten von «europäischem Interesse», das heißt «solche[n], die im Dienste der Versorgungssicherheit, der Solidarität oder erneuerbarer Energien stehen», sollen die Genehmigungsverfahren unter «Wahrung des Grundsatzes der öffentlichen Akzeptanz und des geltenden Umweltrechts» gestrafft werden.

Als nächste konkrete Schritte werden von der Kommission unter anderem genannt:

- Durchsetzung der Energiebinnenmarkt-Vorschriften durch Konsolidierung des Regulierungsrahmens (Netznormen), dafür sei gegebenenfalls eine Ausweitung des Mandats der Agentur zur Zusammenarbeit der Regulierungsbehörden (ACER) nötig;
- Festlegung aller technischen Normen zur Sicherstellung der grenzüberschreitenden Verbindung von Netzen;
- Marktkopplung: Im Jahre 2015 soll kein Mitgliedsstaat mehr abgetrennt vom Energiebinnenmarkt sein;
- ein Aktionsprogramm zur Unterstützung der Mitgliedsländer bei der Einführung intelligenter Netze und Zähler;

- Netzentwicklungspläne für den Zeitraum 2020 bis 2030 («Blaupause für die europäische Infrastruktur»).

**2.2.2 Positionen linker Parteien und sozialer Bewegungen**

Das Leitbild der Kommission ist Liberalisierung. Die hierfür vorgesehenen Mittel sind ein integriertes europaweites Energienetz (*European super grid*) mit Privatunternehmen als zentralen Akteuren und einer EU-weiten Regulierung. Das Leitbild der Antithese, die Position mit dem größten Abstand dazu, lässt sich mit Lokalisierung kennzeichnen. Hier wird eine lokale Eigenversorgung und eine direkte lokale gesellschaftliche Kontrolle angestrebt, mit Genossenschaften beziehungsweise Stadtwerken als Eigentümern.

**Tab. 1: Leitbilder im Positionsfeld «integrierter Energiebinnenmarkt»**

	Position der Europäischen Kommission	Antithese
Leitbild	Liberalisierung	Lokalisierung
Netz	<i>European super grid</i>	lokale Eigenversorgung
Unternehmensform	Privatunternehmen	Genossenschaften/ Stadtwerke
Regulierung	EU-weite Harmonisierung	direkte gesellschaftliche Kontrolle vor Ort

In Abbildung 2 und 3 werden die Positionen linker Parteien und sozialer Bewegungen zwischen den Polen Liberalisierung und Lokalisierung dargestellt. Die Positionen reichen von einer großen Nähe zur Europäischen Kommission bis zur Antithese.

**Positionen linker Parteien**

Die niederländische SP etwa hält ein europäisches Verbundsystem (*European super grid*) für prinzipiell sinnvoll, auch eine Harmonisierung der nationalen Energiepolitiken. Auch die norwegischen Sozialisten (Sosialistisk Venstreparti/SV) befürworten ein europäisches Verbundnetz, in das Strom aus erneuerbaren Energien eingespeist werden kann. DIE LINKE hingegen will eine Stromversorgung, die größtenteils nicht über den Markt läuft. Strom wird – so ihre Prognose – perspektivisch nicht länger als Handelsgut dienen, da die Strombörse mit den Regelungs- und Stabilitätsanforderungen eines Systems erneuerbarer Energien kollidiere. Andererseits soll der Energiemarkt nach den Anforderungen der volatilen Einspeisung von erneuerbarer Energie gestaltet werden und es eine «Integration auf europäischer Ebene» geben. EU-weiter Handel sei dann akzeptabel, wenn die Versorgungssicherheit gefährdet ist.

Bei der Bewertung von Unternehmensformen gibt es ebenfalls eine erhebliche Varianz. Die dänische Einheitsliste De rød-grønne kann sich eine positive Rolle für die privaten Energiekonzerne vorstellen. Es komme dabei auf den gesetzlichen Rahmen an. Auch die niederländische SP geht nicht davon aus, dass es möglich sein wird, die großen Konzerne einfach zu verdrängen. Sie fordert allerdings bessere Wettbewerbsbedingun-

gen für kleine Genossenschaften, etwa indem Steuervorteile für die großen Energieunternehmen abgebaut werden. Die Parti de Gauche fordert hingegen, dass die großen Energieversorger zu 100 Prozent in öffentlichem Eigentum sein sollen. Ähnlich sieht es die KPÖ: Sie spricht von öffentlichem Eigentum für alle «maßgeblichen Bereiche der Energieversorgung». Bei der LINKEN bleibt unklar, welche Rolle Privatunternehmen spielen sollen. Einerseits wird eine Rekommunalisierung anstelle des Wettbewerbs privater Energieversorger gefordert, andererseits betrachtet die Partei kleine und mittlere Unternehmen als zentrale «Träger der Energiewende».

Eine europäische Harmonisierung von Subventionen und Regulierungen hält die holländische SP ebenso wie die Europäische Kommission für erstrebenswert. Begonnen werden soll damit aber zunächst nur in einigen wenigen Staaten, da eine Einigung der 27 EU-Mitglieder in absehbarer Zeit nicht möglich sei. Die dänische Einheitsliste Rot-Grün und die norwegischen Sozialisten hingegen beharren auf nationaler Souveränität und einer nationalen Kontrolle der Gesetze und Regulierungen im Bereich der Energiepolitik. Für die Förderung von erneuerbaren Energien sei dies am besten. DIE LINKE sieht in einer Harmonisierung der Regeln lediglich einen Vorwand, um die Energiewende auszubremsen. Sie setzt stattdessen auf die direkte gesellschaftliche Kontrolle der lokalen und regionalen Stromnetze über eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger.

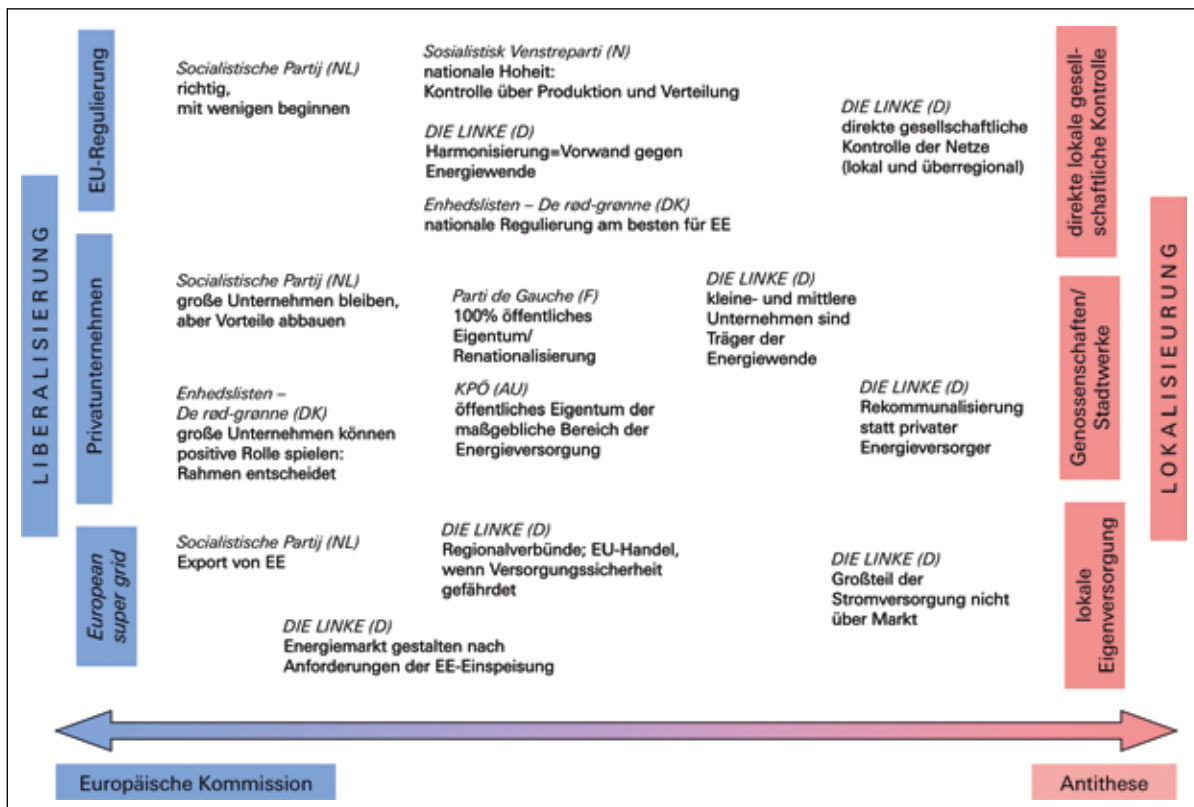
**Positionen sozialer Bewegungen**

Die Positionen der untersuchten sozialen Bewegungen variieren in ähnlicher Weise. Das Climate Action Network Europe (CAN), die Dachorganisation von etwa 90 westeuropäischen Umweltorganisationen, steht einer EU-weiten «Interkonnektion», also der Verbindung der Netze, positiv gegenüber. Als Vorteile werden geringere Preise, eine optimierte Nutzung von erneuerbaren Energien in größeren geografischen Räumen, weniger nationale Reservehaltung sowie mehr Handel und Wettbewerb genannt. Damit stehen sie der Position der EU-Kommission sehr nahe, auch wenn sie betonen, eine Interkonnektion sei noch nicht gleichzusetzen mit einem EU-weitem Markt für erneuerbare Energien.

Auch der Gewerkschaftsdachverband ETUC befürwortet prinzipiell eine Marktöffnung, fordert jedoch einen Plan der Europäischen Kommission zum Umgang mit deren sozialen Folgen. Eurosolar hingegen hält ein EU-weites Netz für unnötig, da erneuerbare Energien ausreichend lokales Potenzial hätten. Daher könnten auch die nationalen Netze in lokales Eigentum überführt werden. Allerdings soll es ein europäisches Netz und einen Markt für E-Gas geben, um Lücken und Unregelmäßigkeiten bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen ausgleichen zu können.<sup>1</sup> Die Attac-AG Energie-Klima-Umwelt (Attac EKV AG) liegt mit ihrer

<sup>1</sup> Mit überschüssigem Strom aus erneuerbaren Energien wird durch Elektrolyse und Reformation Methan erzeugt, das ins Erdgasnetz eingespeist wird und bei Bedarf via Brennstoffzellen wieder in Strom und Wärme umgewandelt werden kann.

**Abb. 2: Positionsfeld «integrierter Energiebinnenmarkt» (linke Parteien)**



Haltung irgendwo dazwischen: Neben den lokalen Verteilnetzen soll es ihr zufolge ein bundesweites Übertragungsnetz geben. Wo eine dezentrale Versorgung nicht möglich ist, sei ein europaweiter Austausch richtig.

Auch bei der Eigentumsfrage ist das CAN nicht weit von der Kommissionsposition entfernt. Bei richtiger Regulation sei Privateigentum für die Zielsetzung einer Dekarbonisierung kein Hindernis. Eine besondere Rolle spielten kleine und mittlere Unternehmen, die positive Impulse für die Energiewende gäben. Dazu im absoluten Gegensatz stehen die «lokalistischen» Positionen von Climate Justice Action (CJA) und Carbon Trade Watch (CTW): Die Energieträger und -quellen sollen ihren Vorstellungen nach von den Gemeinschaften kontrolliert werden, die sie nutzen. Dazwischen anzusiedeln ist die Position von Attac, für die das Entscheidende öffentliches Eigentum bei den Energienetzen und bei der Energieerzeugung ist, da eine Regulierung des Energiemarktes nur den Konzernen nutzen würde. In Fällen, in denen es lediglich um Selbstnutzung geht, etwa bei Genossenschaften oder bei Wohnhäusern mit einer Photovoltaikanlage auf dem Dach, sei auch privates Eigentum akzeptabel.

Eine europaweite einheitliche Regulierung des Netzes (Zugang, Betriebsrichtlinien, Netzgebühren) wird befürwortet vom CAN. Das Netzwerk wendet sich jedoch gegen eine einheitliche Regelung von Subventionen. Hierfür könnte es weiterhin nationale Richtlinien geben, wobei man eine Koordinierung für sinnvoll hält. So könnten die besten Praktiken Verbreitung fin-

den und eine Stop-and-Go-Politik verhindert werden, die sich meist negativ auf die Investitionsbereitschaft auswirkt. Im Sektor erneuerbare Energien tätige Unternehmen könnten so besser andere EU-Märkte erreichen. Die Attac EKV AG spricht sich ebenfalls gegen eine EU-Harmonisierung des Energiemarktes aus, weil sie hiervon verschlechterte Bedingungen für erneuerbare Energien erwartet.

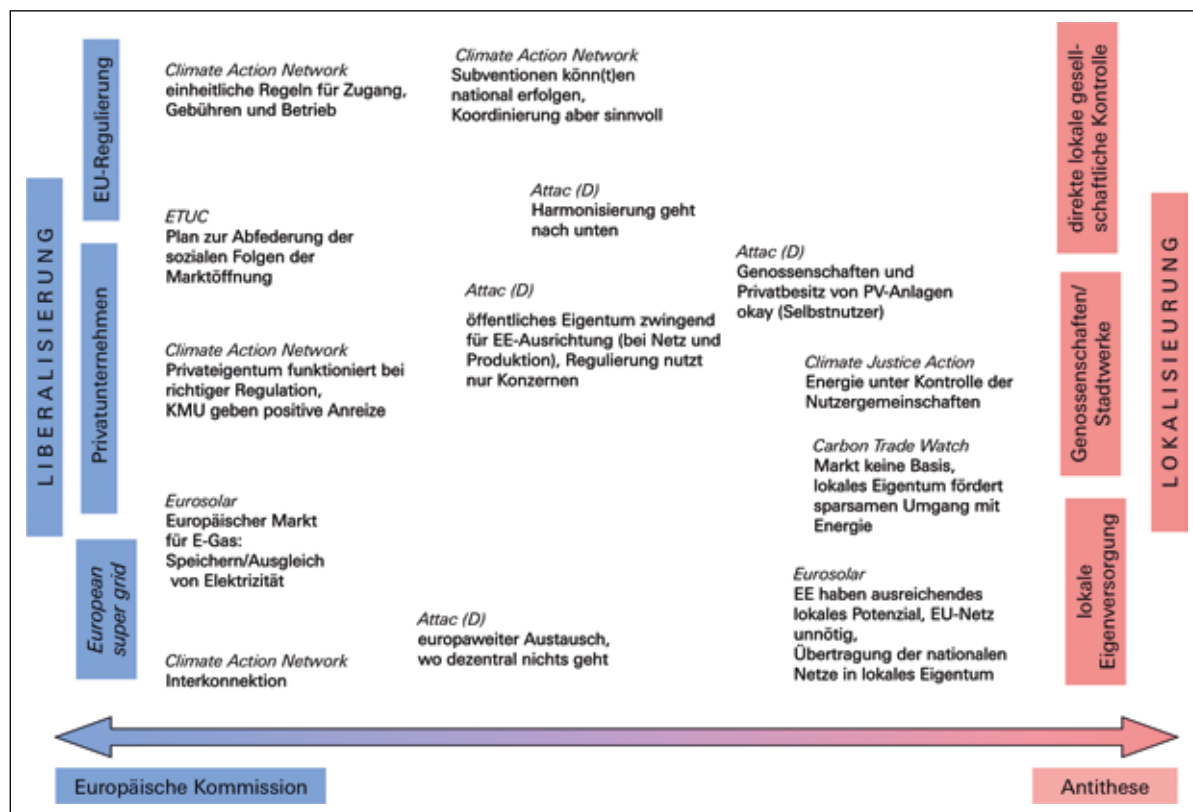
## 2.3 MARKTBASIERTE INSTRUMENTE

### 2.3.1 Position der Europäischen Kommission Emissionshandel in der Europäischen Union

Der europäische Emissionshandel (European Union Emission Trading System/EU-ETS) soll den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von etwa 11.000 Anlagen zur Stromerzeugung und von einigen Industriesektoren in 31 europäischen Ländern begrenzen. Diese verursachen zusammen etwa 45 Prozent der europäischen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Der Handel funktioniert nach dem Prinzip des *cap and trade*. Die Gesamthöhe der Emissionen ist festgelegt, die Berechtigungen können aber frei gehandelt werden. Wurden in den vorangegangenen ersten beiden Handelsperioden (2005–2007 und 2008–2012) die Zertifikate größtenteils kostenlos ausgegeben, ist für die Phase III (2013–2020) vorgesehen, dass der Anteil der Versteigerungen von 20 auf 70 Prozent wachsen soll. Die Stromproduzenten müssen bereits 2013 alle Zertifikate ersteigern.

Gratiszertifikate werden auch nicht mehr wie zuvor danach vergeben, wie hoch die Emissionswerte einer

Abb. 3: Positionsfeld «integrierter Energiebinnenmarkt» (soziale Bewegungen)



Anlage in der Vergangenheit waren (*grandfathering*), sondern nach dem Kriterium der Effizienz. Weiterhin kostenlose Zertifikate gibt es für Industrieunternehmen, deren Zertifikatkosten 5 Prozent ihrer Gesamtkosten übersteigen oder deren Exportanteil größer als 10 Prozent ist. Seit 2013 ist außerdem der Flugverkehr mit in das System einbezogen. Die Gesamtmenge an Emissionen beziehungsweise Zertifikaten soll zwischen 2013 und 2020 von 1,97 Milliarden auf 1,72 Milliarden Tonnen sinken. Das entspricht einer Reduktion von etwa 14 Prozent, das sind 1,7 Prozent pro Jahr. Die Einnahmen sollen zu 88 Prozent an die Mitgliedsstaaten entsprechend ihren Emissionsanteilen gehen, der Rest soll innerhalb der EU umverteilt werden.

Ein Zertifikat für eine Tonne CO<sub>2</sub> (European Unit Allowance/EUA) wurde in den Jahren 2009 bis 2011 zu Preisen zwischen 13 und 17 Euro gehandelt. Aktuell ist der Preis auf 8 Euro gefallen, sodass sich Einsparmaßnahmen kaum mehr lohnen. Die Gründe für den Preisverfall sind ein Überangebot an Zertifikaten, ausgelöst durch eine großzügige Überversorgung der Industrie in den vergangenen Handelsperioden und eine geringere Nachfrage durch einen Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (*Clean Development Mechanism/CDM*). Dabei können sich Anlagenbetreiber Emissionsgutschriften anrechnen lassen durch Investitionen in CO<sub>2</sub>-Minderungsprojekte in Entwicklungsländern. Ein weiterer Grund ist die Wachstumskrise seit 2008. Deswegen beabsichtigt die Europäische Kommission, den Preis wieder zu erhöhen. Als Sofortmaßnahme wird die Verringerung der Anzahl der Zertifikate um 900 Millionen (bei insgesamt 3,5 Milliarden EUA) im Zeitraum 2013 bis 2015 vorgeschlagen. Zudem werden sechs weitere Optionen zur Diskussion gestellt (vgl. Europäische Kommission 2012b):

- die Anhebung des Emissionsreduktionsziels von 20 auf 30 Prozent. Dies würde eine Reduktion von 3,5 auf 2,1 Milliarden EUA bedeuten;
- eine dauerhafte Reduktion von Zertifikaten;
- eine verstärkte jährliche Reduktion der Gesamtmenge an Zertifikaten;
- die Einbeziehung des Sektors Verkehr und von Privathaushalten in das System des EU-Emissionshandels;
- die Einschränkung des CDM nach 2020;
- die Zurückhaltung eines Teils der Zertifikate in einer Reserve und deren preisabhängige Ausschüttung auf den Markt.

### Energiebesteuerung

Zur Steigerung der Energieeffizienz, vor allem bei Gebäuden und im Verkehrssektor, will die Kommission «innovativ und sorgfältig erwogene Formen der Besteuerung und Kostenanlastung als Instrumente zum Anstoßen von Verhaltensänderungen oder zur Investitionsförderung» prüfen (Europäische Kommission 2010). Ein Beispiel hierfür ist die Mindestbesteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom. Seit 2003 gilt dafür bereits eine entsprechende Richt-

linie (Europäisches Parlament und Europäischer Rat 2009). Die Sätze sind je nach Energieträger recht unterschiedlich und unterliegen keiner umweltpolitisch begründbaren Systematik (so richten sie sich nicht nach der Emissionswirkung). Gas muss zum Beispiel nur ein Viertel so viel wie Öl besteuert werden, Kohle fast überhaupt nicht.

Ein Vorschlag zur Überarbeitung dieser Richtlinie, der jetzt vorliegt, soll die Energiesteuern «besser auf die energie- und klimapolitischen Ziele der EU» abstimmen, auf «technologieneutrale Weise zu einem ökologischeren, effizienteren Energieverbrauch» beitragen und zudem «nachhaltiges Wachstum» fördern (Europäische Kommission 2011). Der Entwurf sieht eine einheitlichere Bestimmung der Steuersätze nach CO<sub>2</sub>-Gehalt (auf der Basis von 20 Euro pro Tonne) sowie nach Energiegehalt vor. Ziel ist die Gleichbehandlung verschiedener Energieträger und ihre Bewertung ausschließlich auf der Grundlage ihrer Umweltschädlichkeit und ihres Energiegehalts. Die bisherige Praxis von in dieser Hinsicht niedrigeren Steuersätzen für einige Energieträger, etwa Diesel oder Kohle, soll damit beendet werden. Angeregt werden soll die Verwendung von Energieträgern mit niedrigem CO<sub>2</sub>-Gehalt und die Einsparung von Energie. Auch Kerosin soll in das Besteuerungssystem einbezogen werden: Für einen Liter Flugbenzin würde etwa der gleiche Mindestsatz wie für Diesel oder Benzin fällig. Nach dem Vorschlag würden die Mindestsätze für Kraftstoffe um etwa 20 Prozent (bei Flüssiggas und Erdgas um das Vierfache) und die Mindestsätze für Brennstoffe zur Wohnungsbeheizung um etwa das Vierfache steigen. Der Satz für die Mindeststromsteuer würde sich dagegen nicht stark ändern. Die einheitliche Besteuerungssystematik soll dazu beitragen, die Bevorzugung einzelner Energieträger im sich entwickelnden Energiebinnenmarkt der EU abzubauen beziehungsweise zu verhindern. Nicht nur die EU-weiten Mindestsätze, auch die in den einzelnen Ländern eingeführten tatsächlichen Sätze sollen für alle Energieträger gleich sein, das heißt auf der Basis von CO<sub>2</sub>- und Energiegehalt berechnet werden.

Vorgesehen ist zudem, einen Großteil der gesteigerten Steuereinnahmen für die Senkung der Arbeitskosten, das heißt der Sozialversicherungsbeiträge, zu verwenden (wie bei der ökologischen Steuerreform in Deutschland), um damit Arbeitsplätze zu schaffen. Ganz im Sinne eines Green New Deals erhofft sich die Europäische Kommission von dem veränderten Steuersystem einen Wachstumsschub bei gleichzeitiger Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen und Ressourcen-schonung. Die Energiebesteuerung soll den europäischen Emissionshandel, der sich bislang auf große Unternehmen beschränkt, ergänzen. Auch Privathaushalte, kleine Unternehmen und andere Verursacher von Emissionen in den Bereichen Wohngebäude und Verkehr sollen finanzielle Anreize erhalten, Energie zu sparen. Es soll keine Unterscheidung mehr geben zwischen gewerblicher und privater Energienutzung. Für export-

orientierte Unternehmen sind allerdings Befreiungen vorgesehen, sofern diese einen Plan zur Senkung ihrer Emissionen vorweisen können.

Die Angleichung der Energiebesteuerung innerhalb der EU soll durch sozialpolitische Kompensationsmaßnahmen in den einzelnen Mitgliedsstaaten flankiert werden. Einkommensschwache Haushalte etwa könnten die Mitgliedsstaaten durch eine Pauschale, unabhängig vom konkreten Energieverbrauch, unterstützen. Insgesamt soll es keine abrupten Anstiege der Energiepreise geben, die sozial problematische Auswirkungen haben könnten. Für die ost- und südosteuropäischen Mitgliedsstaaten etwa sind Übergangsfristen bei Heizstoffen und Brennstoffen zur Stromerzeugung vorgesehen. Ebenso sollen in allen Mitgliedsländern Sonderregelungen für die Beheizung von privaten Wohnräumen möglich sein.

**2.3.2 Positionen linker Parteien und sozialer Bewegungen**

Das Leitbild der Europäischen Kommission lässt sich mit mehr Marktanzügen beschreiben, wie sie eine Mindestenergiesteuer auf Basis des CO<sub>2</sub>- und Energiegehalts sowie das EU-ETS darstellen. Die entgegengesetzte Position ist, auf Marktanzüge zu verzichten und den Energieverbrauch vorwiegend über staatliche Ge- und Verbote zu regeln.

**Tab. 2: Leitbilder im Positionsfeld «marktbasierte Instrumente»**

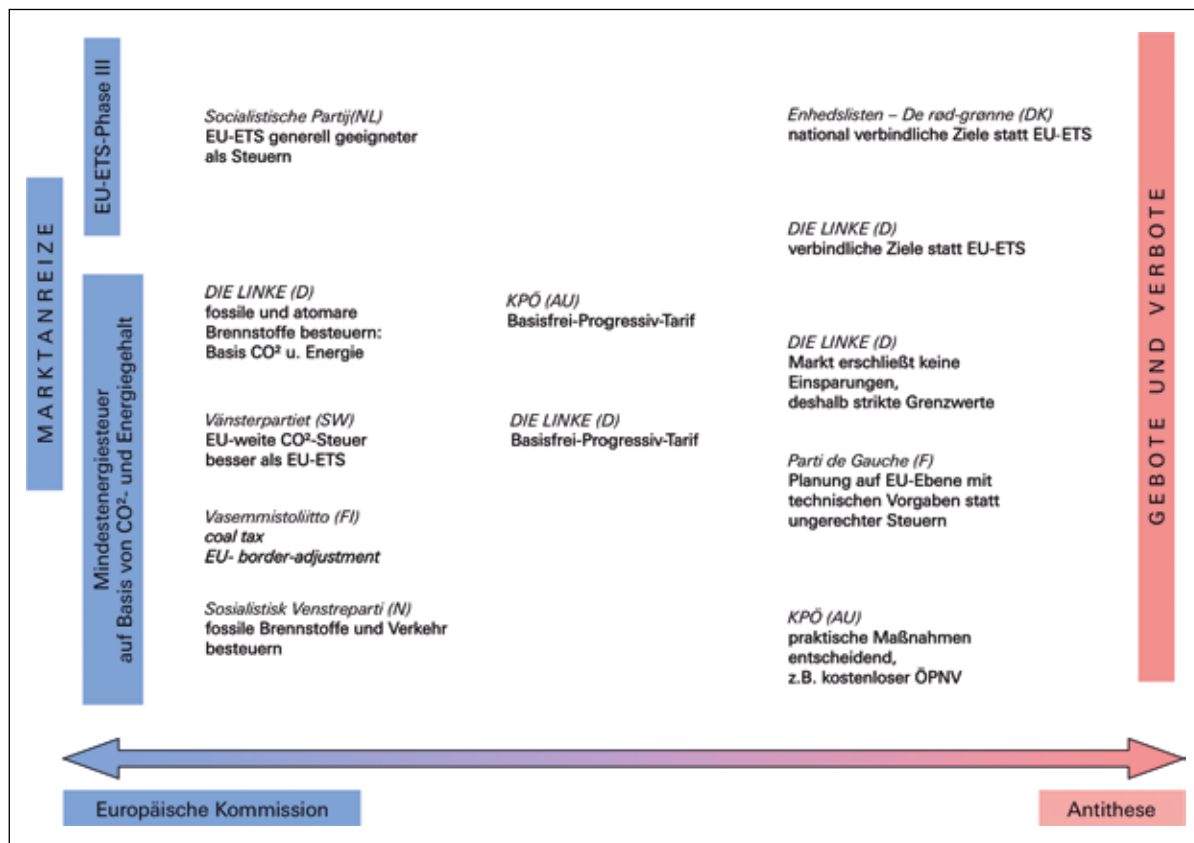
	Position der Europäischen Kommission	Antithese
Leitbild	mehr Marktanzüge	staatliche Ge- und Verbote
EU-ETS	EU-ETS-Phase III umsetzen	EU-ETS abschaffen
marktbasierte Instrumente	Mindestenergiesteuer	keine ökonomischen Anreize

Die Haltungen linker Parteien und sozialer Bewegungen reichen von einer relativ großen Nähe zur Position der Europäischen Kommission bis zur Antithese.

**Positionen linker Parteien**

Die Positionen zum EU-ETS sind recht unterschiedlich. Die niederländische SP hält dieses System generell für besser als höhere Steuern. Es sei allerdings verbesserungswürdig. Richtig wirken könne es allerdings erst, wenn die zulässige Emissionsmenge schneller gesenkt würde und alle Zertifikate versteigert würden (und nicht wie jetzt teilweise verschenkt). Die Vänsterpartiet (V) aus Schweden will umgekehrt eine EU-weite CO<sub>2</sub>-Steuer als Ersatz für das EU-ETS. Auch die Rot-Grüne Allianz in Dänemark ist ebenso wie die deutsche Partei DIE LINKE gegen das EU-ETS. Sie setzen stattdessen auf national verbindliche Reduktionsziele.

**Abb. 4: Positionsfeld «marktbasierte Instrumente» (linke Parteien)**





Viele Parteien der europäischen Linken befürworten wie die Europäische Kommission eine «grüne Steuer» auf fossile Brennstoffe. Die schwedische Linkspartei (V) ist für eine EU-weite CO<sub>2</sub>-Steuer, auch als Alternative zum EU-ETS. DIE LINKE fordert ebenfalls eine Besteuerung fossiler und atomarer Brennstoffe, ebenso die norwegische SV. Die finnische Partei Vasemmistoliitto (VAS) fordert die Einführung einer Kohlesteuer (*coal tax*), genauer eine Besteuerung von Importen auf der Grundlage ihres Kohlenstoffgehalts. Die holländischen Sozialisten plädieren für ein «grünes Steuersystem» und eine einheitliche Steueruntergrenze in Europa. Wie die Europäische Kommission schlagen sie vor, die erhöhten Steuereinnahmen zur Verbilligung der Arbeitskosten einzusetzen. DIE LINKE und die KPÖ wiederum wollen diese Mittel für eine Basisfreimenge (z. B. 250 kWh kostenlosen Strom pro Person und Jahr) für alle Endkonsument:innen und -konsumenten verwenden. Viele linke Parteien betonen aber, dass ökonomische Anreize nicht der Schlüssel zur Lösung des Problems seien und bestehende Ungerechtigkeiten eher verstärkten. Entscheidend seien strikte Grenzwerte, eine bessere ökologisch-technische Planung auf EU-Ebene (Parti de Gauche) und praktische Maßnahmen wie zum Beispiel die kostenlose Nutzung des öffentlichen Verkehrs (KPÖ).

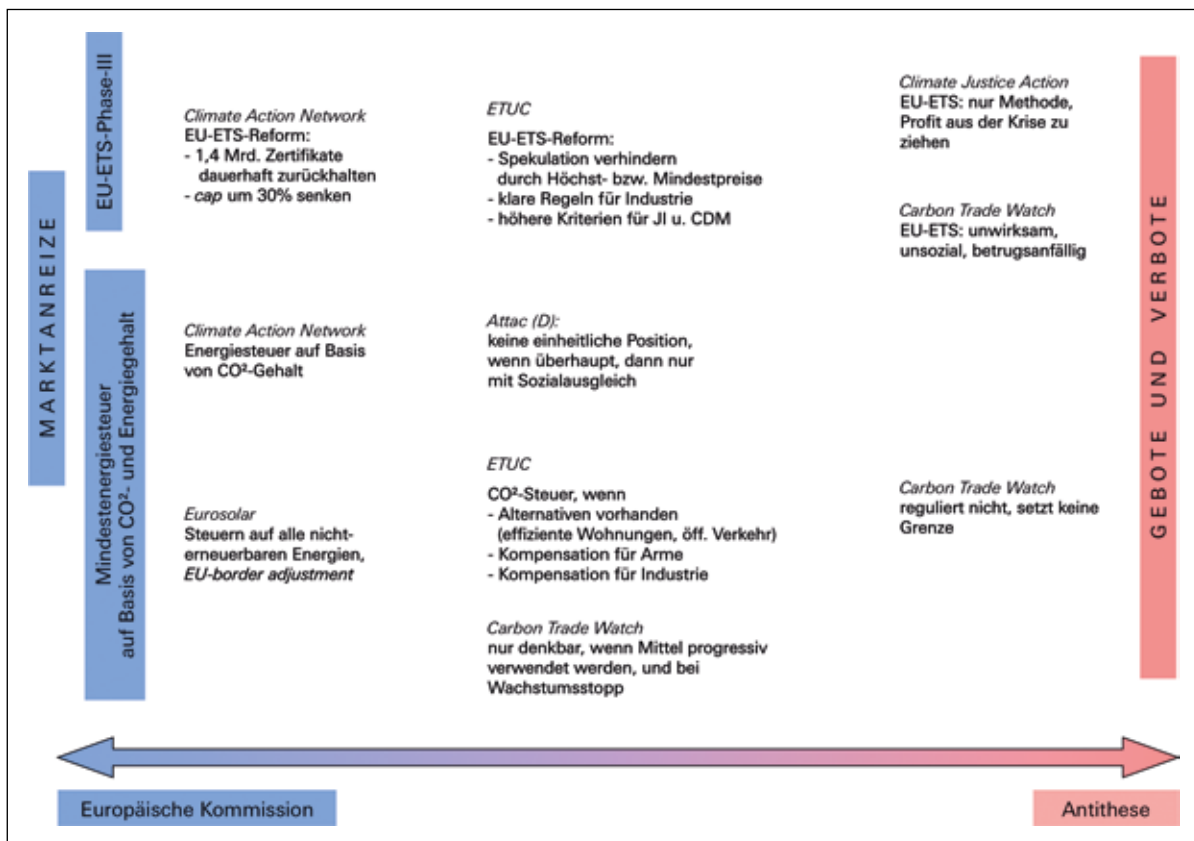
### Positionen sozialer Bewegungen

Auch bei den sozialen Bewegungen gibt es keine einheitliche Position zum EU-ETS. Das Climate Action Network (CAN) befürwortet eine Reform des Emissionshandels. Es fordert die Senkung des *cap* (eine 30-prozentige Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Vergleich zu 1990) sowie die dauerhafte Zurückhaltung von 1,4 Milliarden Zertifikaten, um den Preisverfall zu stoppen. Der Gewerkschaftsdachverband ETUC will das EU-ETS ebenfalls reformieren. Die Spekulation mit Zertifikaten soll durch Mindest- und Höchstpreise verhindert werden, für *joint implementation*<sup>2</sup> und CDM müssten die Anforderungen erhöht werden. Andere NGOs wie etwa Eurosolar hingegen lehnen das EU-ETS komplett ab. Das System sei nur eine Methode, Profit aus der Krise zu ziehen. Dieselbe Position vertreten eher regierungsferne NGOs wie Climate Justice Action, Carbon Trade Watch oder das Green Network Zagreb.

Eine Energiesteuer auf Basis des CO<sub>2</sub>-Gehalts wird befürwortet vom CAN. Es befindet sich damit wiederum in prinzipieller Übereinstimmung mit der Position der Europäischen Kommission. Genauso fordert Euro-

<sup>2</sup> Ist ein Staat im Annex B des Kyoto-Protokolls aufgeführt, so kann er durch Umsetzung emissionsmindernder Maßnahmen in einem anderen Annex-B-Staat zusätzliche Emissionsrechte für seine heimischen Schadstoffproduzenten erwerben.

Abb. 5: Positionsfeld «marktbasierte Instrumente» (soziale Bewegungen)



solar eine Steuer auf alle nicht erneuerbaren Energien und mahnt ein *border adjustment*<sup>3</sup> an den Grenzen der EU an. Die Attac EKU AG gibt offen zu, dass sie zur Frage der Energiebesteuerung (ebenso zum EU-ETS) keine einheitliche Position hat. Sollte der Verbrauch besteuert werde, dann benötige man auf jeden Fall einen Sozialausgleich. Dies ist auch der springende Punkt für den ETUC, der eine Reihe von Bedingungen für eine CO<sub>2</sub>-Steuer nennt, unter anderem die Existenz effizienter Alternativen (z. B. gut gedämmte Wohnungen, leistungsfähiger und kostengünstiger öffentlicher Verkehr), eine finanzielle Unterstützung von armen Haushalten sowie eine Kompensation für besonders betroffene Industriezweige. Andere NGOs hingegen lehnen eine Besteuerung des Umweltverbrauchs ab, weil sie hierin eine weitere Kommodifizierung der Natur sehen und eine Art Freifahrtschein für Reiche, die Umwelt weiter zu verschmutzen (z. B. ZMAG). Die NGO Carbon Trade Watch lehnt marktbasierende Instrumente ebenfalls ab, es sei denn, man würde die damit erzielten Einnahmen zu einer Umverteilung von oben nach unten nutzen und das Ziel eines Wachstumsstopps verfolgen.

**2.4 SOZIALE ENERGIEWENDE**

**2.4.1 Position der Europäischen Kommission**

Für die Europäische Kommission steht fest: «Ein gut funktionierender Binnenmarkt kommt Verbrauchern in Form einer größeren Auswahl und niedrigeren Preisen zugute» (Europäische Kommission 2010: 15). Defizite werden lediglich gesehen in der mangelnden Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über ihre «aktive Rolle», die ihnen aufgrund der Liberalisierung auf dem Energiemarkt zukomme.

Die Kommission setzt auf Aufklärung über verschiedene Einsparmöglichkeiten. Mit technischen Mitteln zur Steigerung der Energieeffizienz könnten ihr zufolge die Kosten durchschnittlich bis zu 1.000 Euro pro Haushalt reduziert werden. Die Energieeffizienz in Gebäuden soll durch Investitionsanreize, durch die Nutzung von externen Dienstleistern (um das Mieter-Investor-Dilemma zu mindern<sup>4</sup>) und durch die Einführung von verbindlichen Energieausweisen erhöht werden. Im Verkehrssektor sollen Effizienzstandards für alle Fahrzeuge eingeführt und eine «umweltfreundliche städtische Mobilität» gefördert werden. Aber auch «Verhaltensmuster» müssten geändert werden, sonst drohten «Reboundeffekte»: «Die paradoxe Situation, dass Energieeffizienzgewinne durch die Nachfrage nach energieintensiven oder neuen Produkten zunichte gemacht werden, muss beendet werden» (ebd.). Wie sich dieser Effekt allerdings erreichen lässt, ohne Abstriche bei (den von der Kommission immer wieder betonten) Wachstumszielen zu machen, bleibt offen.

Aufgrund der möglichen Preissteigerung in den kommenden Jahren sollen die Mitgliedsstaaten zudem «schutzbedürftige Verbraucher gezielt unterstützen» (Europäische Kommission 2012a: 13). Ihre «wirtschaftlichen Schwierigkeiten» sollten ausgeglichen und ihnen sollte geholfen werden, in einem «immer

komplexeren Endkundenmarkt fundierte Entscheidungen zu treffen» (ebd.). Dafür will die Kommission den Mitgliedsstaaten Leitlinien vorgeben. Schwerpunkt bei der Bekämpfung von Energiearmut sollte aber die Verbesserung der Energieeffizienz sein.

**2.4.2 Positionen linker Parteien und sozialer Bewegungen**

Bei den im Folgenden dargestellten Positionen zur Sozialverträglichkeit der Energiepolitik vonseiten linker Parteien und sozialer Bewegungen ist zu unterscheiden zwischen solchen, die sich auf Verbraucherinteressen beziehen, und solchen, die sich mit der Produktionsseite beschäftigen, das heißt mit denjenigen, deren Arbeitsplätze unmittelbar von der Energiewende betroffen sind.

**Soziale Energiewende für die Verbraucher**

Der wesentliche Hebel, um die Energiewende für die Verbraucherinnen und Verbraucher sozial zu gestalten, ist aus Sicht der Europäischen Kommission mehr Effizienz sowohl in technischer als auch in preislicher Hinsicht. Wenn die Menschen in energieeffizienteren Wohnungen leben und energieeffizientere Fahrzeuge benutzen würden, müssten sie trotz erwartbarer Preissteigerungen weniger für Energie zahlen. Des Weiteren soll ein effizienter Wettbewerb der Energieanbieter für eine Mäßigung des Preisanstiegs sorgen. Die Gegenposition lässt sich mit «direkter Kontrolle» beschreiben: Eine soziale Energiewende kann es demnach nur jenseits des kapitalistischen Marktes geben beziehungsweise nur dann, wenn die Energieproduktion direkt von der Gesellschaft kontrolliert wird. Dazwischen liegen Positionen, die fordern, den Energiemarkt sozialer zu gestalten, etwa mithilfe bestimmter Tarifstrukturen.

**Tab. 3: Leitbilder im Positionsfeld «soziale Energiewende/Verbraucher»**

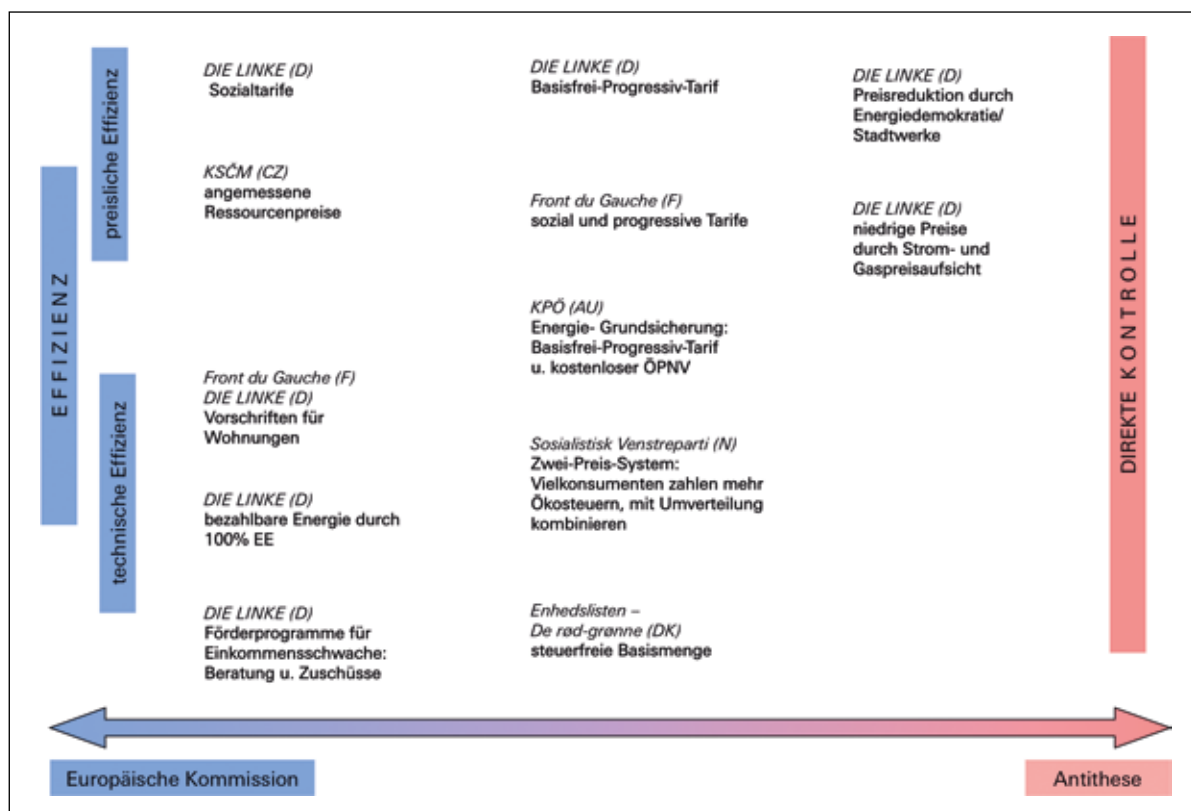
	Position der Europäischen Kommission	Antithese
<b>Leitbild</b>	mehr Effizienz	direkte Kontrolle
<b>Technik</b>	Energieeffizienz fördern	Produktion bestimmen
<b>Preise</b>	Marktkompetenz fördern	öffentliches Eigentum

**Positionen linker Parteien**

Der Ansatz der Europäischen Kommission, Energieeffizienz als Strategie der Sozialverträglichkeit zu betrachten, findet sich auch bei linken Parteien. DIE LINKE

<sup>3</sup> Ein Land kann, soweit dies im Einklang mit internationalem Handelsrecht ist, Zölle und Steuern auf importierte Güter erheben oder Emissionssteuern auf exportierte Güter erstatten. Dies kann dazu dienen, graue Emissionen, das heißt Emissionen, die im Ausland bei der Produktion importierter Güter entstanden sind, mit in die Berechnungen einzubeziehen. <sup>4</sup> Hier wäre der Mieter Nutznießer von energetischer Modernisierung (z. B. dem Austausch eines Heizkessels oder einer Wärmedämmung), während der Besitzer als Investor davon zunächst keinen Vorteil hat. Dies gilt insbesondere dann, wenn er die Investitionskosten nicht voll auf die Miete umlegen kann, weil es sich, wie etwa beim Kesselaustausch, um reine Instandhaltungsmaßnahmen handelt oder weil er die rechtlich zulässige Modernisierungsumlage (also höhere Mieten) am Markt nicht durchsetzen kann.

Abb. 6: Positionsfeld «soziale Energiewende/Verbraucher» (linke Parteien)



(D) etwa geht davon aus, dass durch 100 Prozent erneuerbare Energien auch bezahlbare Energie entsteht. Auch die Forderung nach strengeren Vorschriften für die Effizienz von Wohnungen, besonders für Altbauten, wird in diesen Zusammenhang als eine sozial gebotene Forderung erhoben. Auch die Kommissionsstrategie, über mehr Wettbewerb die Ressourcenpreise niedrig zu halten, findet Zustimmung in manchen linken Parteien (z. B. in der tschechischen KSČM). Andererseits sollen niedrige Preise aber durch mehr öffentliches Eigentum beziehungsweise eine Preisaufsicht erreicht werden (DIE LINKE). Dies ist der Strategie der Europäischen Kommission entgegengesetzt. Im Zentrum der Überlegungen, wie eine Energiewende durchgesetzt werden soll, steht die sogenannte Energiedemokratie. Es wird eine direkte gesellschaftliche Kontrolle über alle zentralen Aspekte der Energiepolitik angestrebt, wobei auf der lokalen Ebene mehr Bürgerpartizipation über Genossenschaften und die Gründung von Stadtwerken erreicht werden soll (DIE LINKE).

Zwischen den Polen «Effizienz» und «direkte gesellschaftliche Kontrolle» liegen Vorstellungen über die Sozialverträglichkeit von Energietarifen. Hier gibt es zwei grundsätzliche Ideen: Sozialtarife für Einkommensschwache oder progressive Tarife für alle. Die Idee der Sozialtarife wird vertreten von der LINKEN und auch der Front du Gauche (F). Die zuletzt genannte Partei ist am nächsten an der Position der Kommission, dass besonders schutzbedürftige Verbraucherinnen und Verbraucher einen finanziellen Ausgleich erhalten sollten.

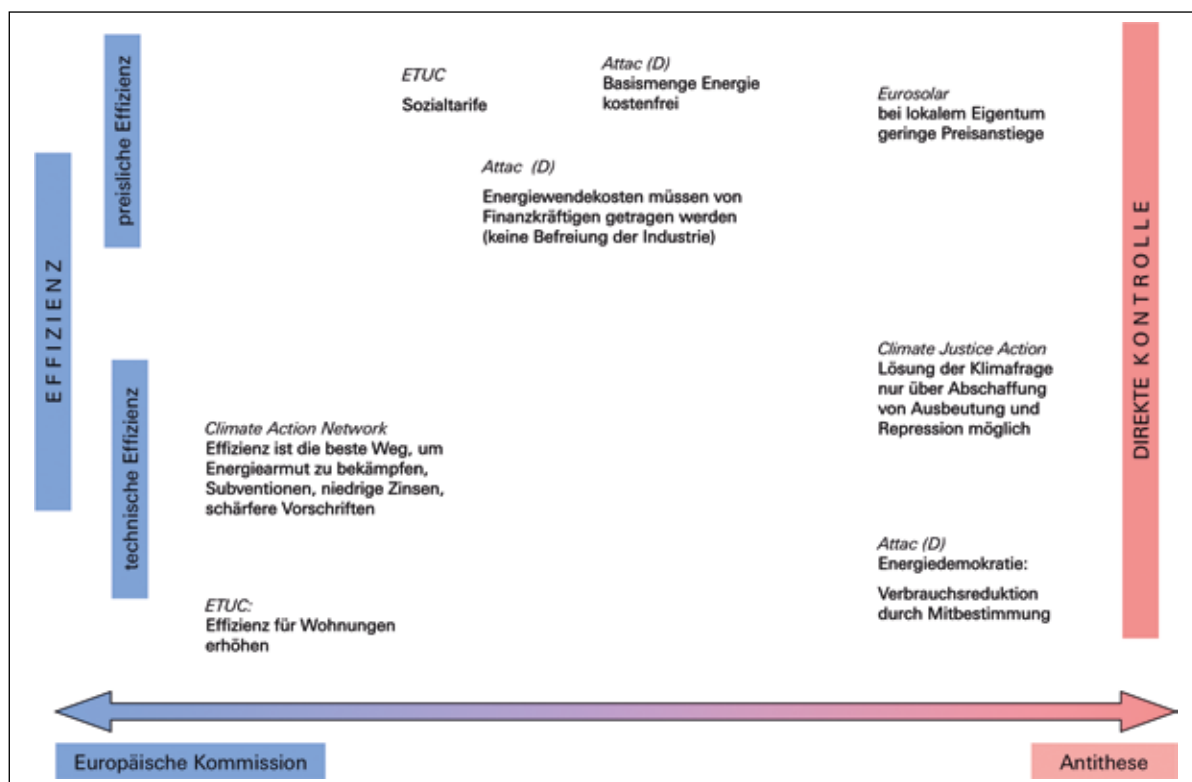
Allerdings wird dies als eine Aufgabe der EU-Mitgliedsstaaten gesehen. Aber auch die Idee nichtfinanzieller Förderprogramme, etwa einer Energieberatung für Arme, wird von der Kommission ebenso wie von linken Parteien vertreten.

Eine Reihe von linken Parteien propagiert progressive Tarifstrukturen. DIE LINKE etwa fordert ein Freikontingent von 250 Kilowattstunden Strom pro Person und Jahr, das über höhere Tarife für überdurchschnittlichen Verbrauch finanziert werden soll. Von einer solchen Basisfrei-Progressiv-Tarifstruktur würden alle mit einem unterdurchschnittlichen Verbrauch – in der Regel sind dies ärmere Schichten – profitieren. Auch die KPÖ propagiert eine «Energiegrundsicherung», also die kostenlose Bereitstellung einer Grundmenge an Strom und Gas. Die norwegischen Sozialisten fordern ein Zwei-Tarif-System (diejenigen mit besonders hohem Verbrauch sollen mehr bezahlen). In eine ähnliche Richtung geht die Idee der dänischen Rot-Grünen Allianz, die für eine steuerfreie Basismenge an Energie eintritt.

#### Positionen sozialer Bewegungen

Effizienz ist auch für das Klimanetzwerk CAN der beste Weg zur Bekämpfung von Energiearmut. Erreicht werden soll sie durch staatliche Subventionen, niedrige Zinsen in Förderprogrammen zur energetischen Wohnraumsanierung und schärfere Vorschriften für Neubauten. Für den Gewerkschaftsdachverband ETUC ist die Antwort auf Preiserhöhungen ebenfalls

Abb. 7: Positionsfeld «soziale Energiewende/Verbraucher» (soziale Bewegungen)



mehr Effizienz, allerdings kombiniert mit Sozialtarifen. Eurosolar hingegen vertritt die Position, der Wandel hin zu lokalen Eigentümerstrukturen würde für eine Dämpfung des Preisanstiegs sorgen. In eine ähnliche Richtung geht die Attac ECU AG mit der Forderung nach einer «Energiedemokratie». Leitbild ist dabei das Stadtwerk, das für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung bei der Energieversorgung steht. Mehr Mitbestimmung – so die Hoffnung – werde auch den gesamten Energieverbrauch senken. Die radikalste Gegenposition zur Politik der Europäischen Kommission nimmt die Aktivistengruppe Climate Justice Action ein: Die Klimafrage könne nur im Rahmen von weiterreichenden Kämpfen gegen Ausbeutung und Repression gelöst werden. Dies schließt wohl auch die Frage nach der Sozialverträglichkeit von energiepolitischen Maßnahmen ein.

Zwischen diesen Polen liegen die Vorschläge von Attac, den Markt sozialer zu gestalten. Die Kosten der Energiewende müssten von den Finanzkräftigsten getragen werden. Als Konkretisierung dieser Idee wird eine kostenlose Basisfreimenge gefordert.

**Soziale Energiewende für die Produzenten**

Die Europäische Kommission geht davon aus, dass durch den Prozess der Dekarbonisierung die Abhängigkeit Europas von externen fossilen Quellen verringert werden wird. Damit ist nach ihren Vorstellungen auch eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität europäischer Industriebetriebe sowie der Beschäftigung verbunden (Europäische Kommission

2010). Aber auch die Entwicklung neuer Energietechnologien gilt als ein Wachstums- und Arbeitsplatzmotor. Neue Arbeitsplätze und Verdienstmöglichkeiten durch Innovationen auf einem dynamischen Energiemarkt machen dieser Position zufolge das «soziale Versprechen» der Energiewende aus. Die Gegenposition hierzu ist die Forderung nach mehr Partizipation und Mitbestimmung der im Energiesektor Beschäftigten über ihre Arbeitsplätze und die Produktionsbedingungen.

Tab. 4: Leitbild im Positionsfeld «soziale Energiewende/Produzenten»

	Position der Europäischen Kommission	Antithese
Leitbild	mehr Arbeitsplätze	andere Arbeitsplätze
durch	Innovation	Partizipation

**Positionen linker Parteien**

Nah an der Kommissionsposition «neue Arbeitsplätze durch die Energiewende» ist DIE LINKE mit ihrer Forderung nach einem Zukunftsinvestitionsprogramm in der EU. Investiert werden soll in Gebäudesanierung, ökologische Landwirtschaft, giftfreie Chemie sowie in Technologien, die zu mehr Effizienz und Kosteneinsparungen im Sektor erneuerbare Energien beitragen. Im Unterschied zur Europäischen Kommission, die weitreichenden Ausgaben skeptisch gegenübersteht, wird betont, dass die Kosten für die EU in Höhe von einem Prozent ihres Bruttoinlandprodukts weitgehend über Arbeitsplatzgewinne ausgeglichen würden.

Abb. 8: Positionsfeld «soziale Energiewende/Produzenten» (linke Parteien)

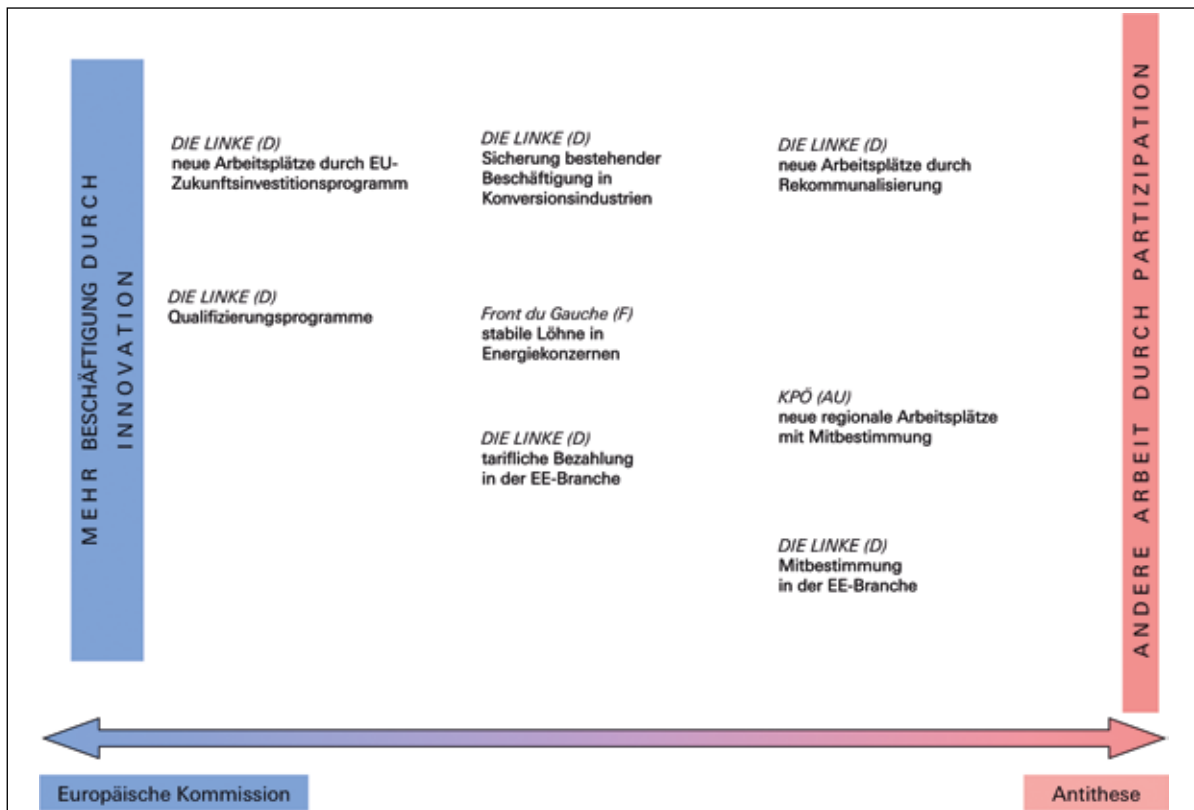
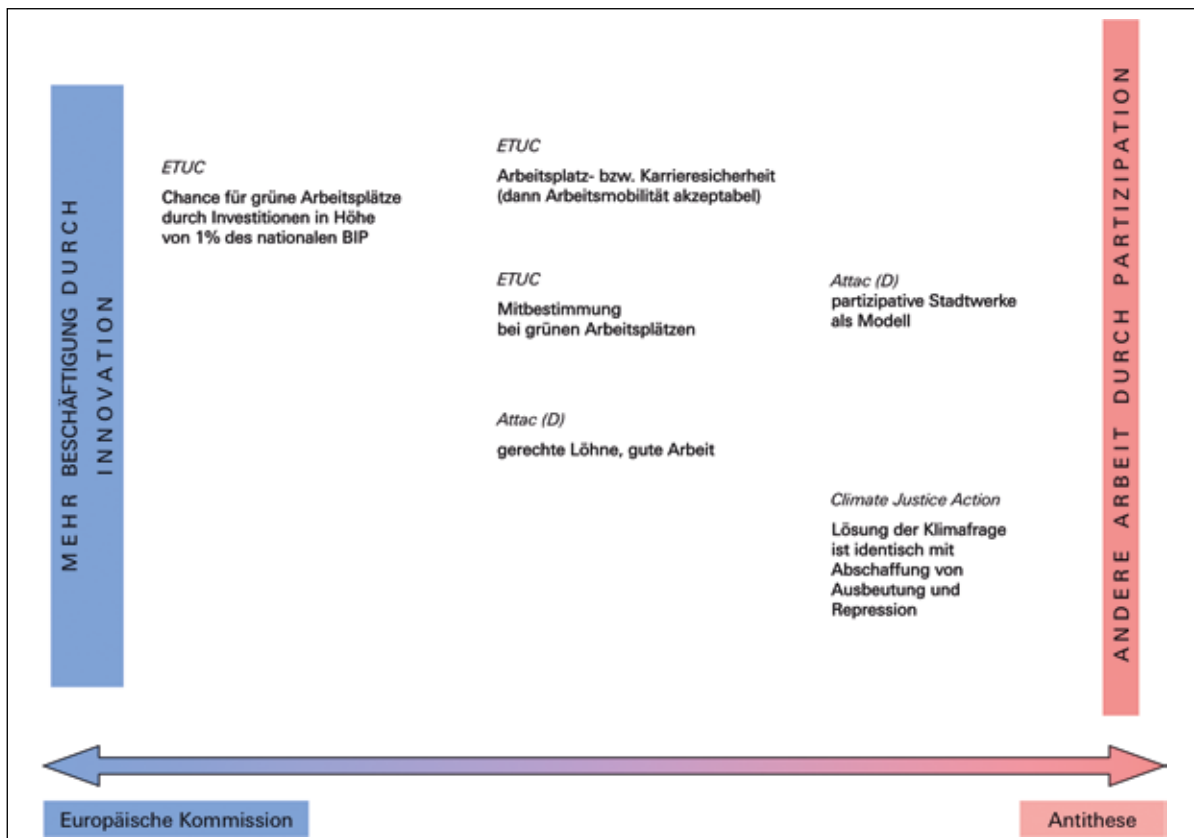


Abb. 9: Positionsfeld «soziale Energiewende/Produzenten» (soziale Bewegungen)



Nach Ansicht der LINKEN wäre es auch möglich, den Beschäftigungsgrad in den Konversionsindustrien, deren Produkte durch die Dekarbonisierung weniger nachgefragt werden, in etwa zu halten. Neue Arbeitsplätze und eine größere Mitbestimmung über die Produktionsbedingungen vonseiten der Beschäftigten verspricht man sich von einer Rekommunalisierung der in den 1990er Jahren vielfach privatisierten lokalen Energieversorgungen.

Die holländischen Sozialisten befürchten keine negativen Auswirkungen der Energiewende auf die Beschäftigung, da die vorhandenen Qualifikationen der im Energiesektor Arbeitenden in den neuen Industrien weiterhin gebraucht würden. Allenfalls einige Qualifizierungsprogramme (die auch die Europäische Kommission propagiert) werden als nötig erachtet. Im Unterschied zur Kommission stellen linke Parteien jedoch höhere Anforderungen an die Qualität der Arbeitsplätze in den Sektoren der erneuerbaren Energien. Eine tarifliche Bezahlung und «gute Arbeit» müssten dort selbstverständlich werden. Die Front de Gauche hingegen setzt sich für die Beschäftigten in den herkömmlichen Energiesektoren und deren Lohnforderungen ein.

#### **Positionen sozialer Bewegungen**

Eine bemerkenswerte Bandbreite an Forderungen und Vorstellungen hinsichtlich der Frage, wie die Ener-

giewende auch für die Beschäftigten sozial gestaltet werden kann, findet sich auch bei den sozialen Bewegungen. So verweist der Gewerkschaftsdachverband ETUC ebenfalls auf die Chance neuer «grüner Arbeitsplätze», würden die EU-Länder in Zukunft ein Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in die Energiewende investieren. Zentral ist für die Gewerkschaften allerdings auch das Thema Arbeitsplatzsicherheit in den von der Energiewende betroffenen Sektoren. Ein Wechsel des Arbeitsplatzes sei dann akzeptabel, wenn damit kein Karriereknick verbunden wäre und das Qualifikationsniveau der Beschäftigten erhalten bliebe. Zudem müsse sichergestellt sein, dass bei den neuen «grünen Arbeitsplätzen» die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten gewahrt werden. Attac fordert ebenfalls gerechte Löhne und gute Arbeitsbedingungen, sieht jedoch den verstärkten Wettbewerb in der Energiewirtschaft als ein wesentliches Hindernis hierfür an. Das Stadtwerk und ähnliche Modelle einer stärker an den Bürgerinteressen ausgerichteten dezentralen Energieversorgung bieten ihrer Ansicht nach am ehesten die Aussicht, diese Forderungen zu realisieren. Beim Klimanetzwerk CAN finden sich keine Äußerungen zur Frage, wie die Energiewende für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sozial gestaltet werden kann. Für Climate Justice Action ist die Lösung der Klimafrage ohnehin identisch mit der Abschaffung von Ausbeutung.

### 3 FAZIT

Auf den ersten Blick scheint die Sache klar: Die Energiewende in Europa ist noch nicht richtig in Gang gekommen und linke Parteien sowie soziale Bewegungen sind sich einig: Der Anteil der erneuerbaren Energien muss massiv erhöht und die Ära der Profitmacherei der alten, auf fossile Energien und Atomkraft setzenden Großkonzerne muss dringend beendet werden. Doch schon beim Thema alternative Energieträger und -technologien beginnen die Differenzen. Einig ist man sich allenfalls bei der Förderungswürdigkeit dezentraler erneuerbarer Energien. Großanlagen, wie zum Beispiel Offshore-Windparks, stoßen dagegen auf Widerstand, weil sie von vielen als Fortführung der Herrschaft der etablierten Stromkonzerne betrachtet werden. Einige linke Parteien und die Gewerkschaften halten zudem unter der Bedingung bestimmter technischer Verbesserungen an der Option der Nutzung von Atomkraft fest. Hinter diesen Positionen stehen bestimmte Vorstellungen von Energiepolitik als Gesellschaftspolitik. Während für die einen die Energiewende mit einer Zerschlagung der Macht der großen Stromkonzerne einhergehen muss, haben andere linke Organisationen keine Präferenz für bestimmte Firmengrößen und -formen, sondern sehen den regulatorischen Rahmen als entscheidend an.

Die gesellschaftspolitischen Vorstellungen, die bei den technologischen Optionen im Hintergrund wirken, treten bei der Auseinandersetzung um die gesellschaftlichen und ökonomischen Implikationen der Energiewende offener zutage. Hinsichtlich der Integration des europäischen Energiemarktes, der Stärkung ökonomischer Anreize und der Frage, wie eine faire und gerechte Transformation des Energiesystems aussehen soll, existiert eine große Vielfalt an Positionen innerhalb der europäischen Linken. Teilweise äußern sich Vertreterinnen und Vertreter derselben Parteien und sozialen Bewegungen durchaus auch widersprüchlich zu einigen Aspekten der Energiewende.

Bei allen hier in dieser Studie untersuchten Themenbereichen gibt es eine Reihe von größeren Überschneidungen zwischen den Positionen linker Parteien und NGOs und denen der Europäischen Kommission, wobei Nähe und Ferne stark nach Thema variieren. Hinsichtlich der neuen Technologien vertreten tendenziell die linken Parteien aus Ost- und Westeuropa sowie die Gewerkschaften die «Anything-goes-Position» der Kommission. Das Kommissionsziel einer besseren Integration des europäischen Energiemarktes wird hingegen lediglich von der holländischen Socialistische Partij in vollem Umfang unterstützt, mit Abstrichen auch von den skandinavischen Linksparteien. Auch bei einem Teil der sozialen Bewegungen gibt es hierzu eine prinzipielle Zustimmung. Der Umweltdachverband CAN sowie der Gewerkschaftsdachverband ETUC befürworten grundsätzlich einen integrierten Energiemarkt in der EU, fordern aber Verbesserungen bei den

umweltbezogenen regulativen Anreizen (CAN) beziehungsweise kritisieren die fehlende soziale Abfederung der Energiewende (ETUC).

Auch das Ziel der Einführung einer europaweiten CO<sub>2</sub>-Steuer und damit eines marktbasiereten Instruments zur Beförderung der Energiewende wird von mehreren linken Parteien, vornehmlich aus Ländern des Nordens (Schweden, Norwegen, Finnland und Deutschland), unterstützt. Die holländischen Sozialisten bevorzugen mit einem reformierten Emissionshandel ein anderes marktbasieretes Instrument. Auch das CAN unterstützt das EU-ETS und – genauso wie Euro-solar – die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer.

Die Europäische Kommission gibt vor, die Energiekosten für alle über die Förderung der Energieeffizienz und einen hohen Anteil von erneuerbaren Energien, die nicht teuer importiert werden müssen, bezahlbar halten zu wollen. Dieses Ziel teilen die Partei DIE LINKE und die Parti du Gauche, aber auch das CAN («Effizienz ist die beste Bekämpfung von Energiearmut») und die ETUC. Die Kommissionsstrategie für eine soziale Gestaltung der Energiewende im Sinne der Beschäftigten lautet «mehr Arbeit durch Innovation und Qualifizierung». Diese Green-New-Deal-Position wird prinzipiell unterstützt durch die Forderungen der LINKEN und des ETUC nach Zukunftsinvestitionsprogrammen in der EU.

Die «vollen Antithesen» zur Europäischen Kommission hingegen werden nur von den Parteien DIE LINKE und der KPÖ sowie den aktivistisch orientierten NGOs (Carbon Trade Watch und Climate Justice Action) vertreten: Man befürwortet nur dezentrale Formen der Energieförderung, ist gegen einen EU-weiten Energiemarkt, bevorzugt lokale und öffentliche Eigentumsformen und eine direkte gesellschaftliche Kontrolle über die Energieproduktion und -verteilung und lehnt weitere EU-Regulierungen ab. Anstelle marktbasierter Preisanreize sollen verbindliche Grenzwerte für Einsparungen beim Energieverbrauch sorgen. Voraussetzung für eine sozial verträgliche Energiewende im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher sind diesen linken Positionen zufolge eine Preisaufsicht, eine Transformation der Eigentumsverhältnisse (strikte Dezentralisierung) und mehr Einfluss der Bürgerinnen und Bürger (Energiedemokratie). In Bezug auf die Arbeits- und Produktionsbedingungen im Energiesektor reichen die Positionen von mehr Mitbestimmung der Beschäftigten bis hin zu einer allgemeinen Kampfansage gegen Ausbeutung und Repression.

Während die linken Parteien bei den verschiedenen Themenfeldern ganz unterschiedliche Haltungen einnehmen, also sowohl Nähe als auch eine große Distanz zu Positionen der Europäischen Kommission aufweisen, sind die sozialen Bewegungen klarer zu verorten. Vor allem beim Umweltdachverband CAN gibt es fast durchgängig eine erhebliche Übereinstimmung mit

wesentlichen energiepolitischen Positionen und Strategien der Kommission, in abgeschwächter Form gilt dies auch für den Gewerkschaftsverband ETUC. Dagegen zeigen Carbon Trade Watch und Climate Justice Action eine durchgehend große Distanz zur Energiepolitik der EU, mit Abstrichen gilt dies auch für Attac. Lediglich Eurosolar vertritt Forderungen und Positionen, die je nach Thema sowohl in völliger Opposition zu denen der Europäischen Kommission stehen als auch mit ihnen übereinstimmen.

Insgesamt bilden die Positionen der untersuchten linken Parteien und sozialen Bewegungen in Europa zur Energiepolitik der EU ein breites Spektrum und sind zwischen den beiden Polen «ökologische Modernisie-

rung» und «Systemwechsel» angesiedelt. Sie reichen von «Ausbeutung abschaffen» bis «neue Arbeitsplätze», von «Energiedemokratie» bis «Effizienz», von «lokale Energieautonomie» bis hin zu einer «EU-weiten Energiesteuer». Eine griffige linke Alternative zum Green New Deal und seinem Wachstumsversprechen ist bislang nicht in Sicht. Zwar gibt es den Anspruch, die ökologische Frage mit der sozialen zu verbinden. Doch die Debatte darüber, wie dies konkret aussehen soll und was «solidarisch und solar» in einer freiheitlichen und modernen Gesellschaft bedeuten kann, hat erst begonnen und muss dringend weitergeführt werden, um den Green New Deal eine überzeugende linke Perspektive entgegenzusetzen.



## LITERATUR

## A

**Attac Eku AG [Attac-Arbeitsgruppe Energie-Klima-Umwelt] (2012):** Eine emanzipatorische Sicht auf die Energiewende, unter: <http://www.attac-netzwerk.de/ag-eku>.

## C

**CAN [Climate Action Network Europe] (2011):** Energy Efficiency and Savings: Clearing the Fog, Brüssel, unter: <https://www.google.de/#q=Energy+Efficiency+and+Savings%3A+Clearing+the+Fog>.

**CAN (2012a):** CAN Europe's Position on: The Need for a 2030 Renewable Energy Binding Target, Brüssel, unter: [http://ec.europa.eu/competition/consultations/2012\\_state\\_aid\\_environment/can\\_1\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/competition/consultations/2012_state_aid_environment/can_1_en.pdf).

**CAN (2012b):** CAN Europe's Position on: Post-2020 EU Climate and Energy Targets, Brüssel, unter: [http://www.climnet.org/resources/cat\\_view/318-position-papers-and-research/425-renewable-energy](http://www.climnet.org/resources/cat_view/318-position-papers-and-research/425-renewable-energy).

**CAN, Greenpeace, WWF (o. J.):** Achieving a 30 percent domestic carbon reduction target. Sharing the costs and benefits of green technology development in the European Union, Brüssel, unter: <https://www.google.de/#q=Achieving+a+30+Percent+Domestic+Carbon+Reduction+Target.+Sharing+the+Costs+and+Benefits+of+Green+Technology+Development+in+the+European+Union>.

**Carbon Trade Watch 2009:** Fact Sheet 1: Cap and Trade, unter: <http://www.carbontradewatch.org>.

**Climate Justice Action (o. J.):** What does climate justice mean in Europe? A discussion paper, unter: <http://www.climate-justice-action.org>.

## D

**DIE LINKE im Bundestag (2012):** CO2-Zertifikate stilllegen statt aufsparen, Presseerklärung von Eva Bulling-Schröter (MdB) vom 14. November 2012, Berlin, unter: <http://www.linksfraktion.de/pressemittelungen/co2-zertifikate-stilllegen-statt-aufsparen>.

**DIE LINKE im Europaparlament (2008):** La gauche 8: Klimawandel und Energie, Straßburg, unter: <http://www.dielinke-europa.eu/article/7069.la-gauche-8-klimawandel-und-energie.html>.

**DIE LINKE im Europaparlament (2010):** EU-Parlament fordert Klimagerechtigkeit, Presseerklärung von Sabine Wils (MdEP) vom 25. November 2010, Straßburg, unter: <http://www.dielinke-europa.eu/article/7518.vorbereitungen-zur-klimakonferenz-in-cancun.html>.

**DIE LINKE im Europaparlament (2011a):** EU-Energiepolitik nützt Konzerninteressen und schadet der Umwelt, Presseerklärung von Sabine Wils (MdEP) vom 7. Februar 2011, Straßburg, unter: <http://www.dielinke-europa.eu/article/7518.eu-energiepolitik-nuetzt-konzerninteressen-und-schadet-der-umwelt.html>.

**DIE LINKE im Europaparlament (2011b):** Verbindliche Ziele für Mitgliedsstaaten der EU, Presseklä-

rung von Sabine Wils (MdEP) vom 20. Dezember 2011, Straßburg, unter: <http://www.dielinke-europa.eu/article/7598.eu-energiepolitik-nuetzt-konzerninteressen-und-schadet-der-umwelt.html>.

**DIE LINKE im Europaparlament (2012a):** Energiesteuer: Kniefall vor der Automobillobby, Presseerklärung von Thomas Händel (MdEP) und Sabine Wils (MdEP) vom 19. April 2012, Straßburg, unter: <http://www.dielinke-europa.eu/article/8099.energiesteuer-kniefall-vor-der-automobillobby.html>.

**DIE LINKE im Europaparlament (2012b):** Kälteopfer in Europa. Versäumnisse bei der Durchsetzung grundlegender Menschenrechte, Presseerklärung von Gabi Zimmer (MdEP) vom 14. Februar 2012, Straßburg, unter: <http://www.dielinke-europa.eu/topic/185.gabizimmer.html?start=60&type=3&show=articles>.

**DIE LINKE im Europaparlament (2012c):** Klimaschutz nicht dem Markt überlassen, Presseerklärung von Sabine Wils (MdEP) vom 15. März 2012, Straßburg, unter: <http://www.nachhaltig-links.de/index.php/klimapolitik/1040-klimaschutz-nicht-dem-markt-ueberlassen>.

**DIE LINKE im Europaparlament (o. J.):** Energiepolitik, Straßburg, unter: <http://www.dielinke-europa.eu>.

**DIE LINKE im Europaparlament (o. J.):** Strom- und Gasnetze, Straßburg, unter: <http://www.dielinke-europa.eu>.

## E

**ETUC [European Trade Union Confederation] (2009):** Climate Change, the New Industrial Policies and Ways out of Crisis, Brüssel, unter: <http://www.etuc.org/a/6594>.

**ETUC (2010a):** ETUC's Position on the Climate Change and Energy Package, Brüssel, unter: [http://www.etuc.org/IMG/pdf\\_Paquet\\_ETUCposition\\_EN4-5-03-08.pdf](http://www.etuc.org/IMG/pdf_Paquet_ETUCposition_EN4-5-03-08.pdf).

**ETUC (2010b):** Position on the Financing and Management of Climate Policies, Brüssel, unter: <http://www.etuc.org/a/7395>.

**ETUC (2010c):** Resolution on a Sustainable New Deal for Europe and Towards Cancun, Brüssel, unter: <http://www.etuc.org/a/7743>.

**ETUC (2010d):** Resolution on Energy Strategy for Europe 2011-2020, Brüssel, unter: <http://www.etuc.org/a/7952>.

**ETUC (2010e):** Rio+20: Strengthening the Social Dimension of Sustainable Development, Brüssel, unter: <http://www.etuc.org/a/9162>.

**ETUC (2011):** ETUC Resolution on EU Position at Durban COP17, Brüssel, unter: <http://www.etuc.org/a/9159>.

**ETUC (2012):** Putting Just Transition into Action in Europe and Globally. ETUC Position Towards Qatar COP18, Brüssel, unter: <http://www.etuc.org/a/10041>.

**Europäische Kommission (2006):** Aktionsplan für Energieeffizienz 2007–2012, Mitteilung der Kommissi-

on vom 19. Oktober 2006, Brüssel, unter: <https://www.google.de/#q=Aktionsplan+f%C3%BCr+Energieeffizienz+2007%E2%80%922012>.

**Europäische Kommission (2008a):** Energieeffizienz im Jahr 2020, Mitteilung der Kommission vom 13. November 2008, Brüssel, unter: [http://europa.eu/legislation\\_summaries/energy/energy\\_efficiency/en0002\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/energy/energy_efficiency/en0002_de.htm).

**Europäische Kommission (2008b):** Erstellung des Arbeitsprogramms für die Jahre 2009–2011 gemäß der Ökodesign-Richtlinie, Mitteilung der Kommission vom 21. Oktober 2008, Brüssel, unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0660:FIN:DE:HTML>.

**Europäische Kommission (2008c):** Zweite Überprüfung der Energiestrategie. EU-Aktionsplan für Energieversorgungssicherheit und Solidarität, Mitteilung der Kommission vom 13. November 2008, Brüssel, unter: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st15/st15944.de08.pdf>.

**Europäische Kommission (2010a):** Energie 2020. Eine Strategie für wettbewerbsfähige, nachhaltige und sichere Energie, Mitteilung der Kommission vom 10. November 2010, Brüssel, unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0639:FIN:DE:PDF>.

**Europäische Kommission (2010b):** Umweltfreundliche Fahrzeuge: eine europäische Strategie, Mitteilung der Kommission vom 28. April 2010, Brüssel, unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0186:FIN:DE:PDF>.

**Europäische Kommission (2011a):** Energieeffizienzplan 2011, Mitteilung der Kommission vom 8. März 2011, Brüssel, unter: [http://europa.eu/legislation\\_summaries/energy/european\\_energy\\_policy/en0020\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/energy/european_energy_policy/en0020_de.htm).

**Europäische Kommission (2011b):** Energiefahrplan 2050, Mitteilung der Kommission vom 15. Dezember 2011, Brüssel, unter: [http://ec.europa.eu/energy/energy2020/roadmap/doc/com\\_2011\\_8852\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/energy/energy2020/roadmap/doc/com_2011_8852_de.pdf).

**Europäische Kommission (2011c):** Intelligente Energiebesteuerung in der EU: Vorschlag für eine Änderung der Energiesteuerrichtlinie, Mitteilung der Kommission 168/3, Brüssel, unter: [http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/resources/documents/taxation/com\\_2011\\_168\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/com_2011_168_de.pdf).

**Europäische Kommission (2012a):** Ein funktionierender Energiebinnenmarkt, Mitteilung der Kommission vom 15. November 2012, Brüssel, unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52012DC0663:DE:NOT>.

**Europäische Kommission (2012b):** Report from the commission to the european parliament and the council. The state of the European carbon market in 2012, Brüssel, unter: [http://ec.europa.eu/clima/policies/ets/reform/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/clima/policies/ets/reform/index_en.htm).

**Europäischer Rat (2003):** Richtlinie 2003/96/EG: Gemeinschaftliche Rahmenvorschriften zur Besteuerung

von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom, Brüssel, unter: [http://europa.eu/legislation\\_summaries/internal\\_market/single\\_market\\_for\\_goods/motor\\_vehicles/interactions\\_industry\\_policies/l27019\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/internal_market/single_market_for_goods/motor_vehicles/interactions_industry_policies/l27019_de.htm).

**Europäischer Rat (2009):** Richtlinie 2009/28/EG: Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen, Brüssel, unter: [http://ec.europa.eu/energy/renewables/biofuels/doc/biofuels/com\\_2012\\_0595\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/energy/renewables/biofuels/doc/biofuels/com_2012_0595_de.pdf).

**Europäischer Rat (2010):** Richtlinie 2010/31/EU: Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, Brüssel, unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:153:0013:0035:DE:PDF>.

**Europäisches Parlament und Europäischer Rat (2009):** Richtlinie 2009/28/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen und zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien 2001/77/EG und 2003/30/EG, Brüssel, unter: [http://europa.eu/legislation\\_summaries/energy/renewable\\_energy/en0009\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/energy/renewable_energy/en0009_de.htm)

**Europäisches Parlament und Europäischer Rat (2010):** Verordnung (EG) Nr. 443/2009: Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von neuen Personenkraftwagen, Brüssel, unter: [http://europa.eu/legislation\\_summaries/internal\\_market/single\\_market\\_for\\_goods/motor\\_vehicles/interactions\\_industry\\_policies/mi0046\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/internal_market/single_market_for_goods/motor_vehicles/interactions_industry_policies/mi0046_de.htm).

## F

**Friends of the Earth Europe/CAN Europe (2012):** Saving Energy: Bringing Down Europe's Energy Prices, unter: [http://www.foeeurope.org/sites/default/files/publications/saving\\_energy\\_study\\_feb2013.pdf](http://www.foeeurope.org/sites/default/files/publications/saving_energy_study_feb2013.pdf).

**Front du Gauche (2012):** L'humain d'abord. Le programme de Front du Gauche et de son candidate commun Jean-Luc Melançon, unter: [http://www.jean-luc-melancon.fr/brochures/humain\\_dabord.pdf](http://www.jean-luc-melancon.fr/brochures/humain_dabord.pdf).

## G

**GUE/NGL [Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke, Parlamentsfraktion Europäisches Parlament] (o. J.):** EU 2020 – Top oder Flop? Brüssel, unter: <http://www.dielinke-europa.eu/topic/1035.europarot-3-eu2020-top-oder-flop.html>.

**GUE/NGL (2010):** Cancun und darüber hinaus. Für wirksame Fortschritte bei der Bekämpfung des Klimawandels? Brüssel.

## H

**Hey, Christian [Generalsekretär des Sachverständigenrats für Umweltfragen] (2010):** Auf dem Weg zu 100% erneuerbaren Energien? Pressemitteilung vom 5. März 2010, Berlin, unter: <http://www.umweltrat.de>.

**Holm, Jens [MdEP/Vänsterpartiet] (2008):** Ten Proposals for Better Climate and Maritime Policies in the EU, Brüssel, unter: <http://www.europarl.europa.eu>.

**L**

**Lötzer, Ulla [MdB/DIE LINKE] (2012):** Die Herausforderungen linker Energiepolitik in Deutschland und Europa, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung Brüssel (Hrsg.): Sozial-ökologische Transformation und Energiepolitik in Lateinamerika und Europa, Brüssel, S. 101–102.

**S**

**Socialist Left Party of Norway (2005):** Different people. Equal Opportunities. Election Manifesto 2005–2009, Akersgata, unter: <http://sv.no/Language/English>.

**T**

**Tricario, Antonio (2012):** Beyond Our Borders – The Energy and Market Grabs Promoted by the New EU Energy Policy, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung Brüssel (Hrsg.): Sozial-ökologische Transformation und Energiepolitik in Lateinamerika und Europa, Brüssel, S. 71–87.

## ABKÜRZUNGEN

ACER	Agency for the Cooperation of Energy Regulators
AEU	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Attac EKV AG	Attac-Arbeitsgruppe Energie-Klima-Umwelt
CAN	Climate Action Network
CCS	Carbon Capture and Storage
CDM	Clean Development Mechanism
CJA	Climate Justice Action
CSSN	Česká strana sociálně demokratická (Tschechische Republik)
CTW	Carbon Trade Watch
EE	Erneuerbare Energien
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EG	Europäische Gemeinschaft
EL	Europäische Linke
ETUC	European Trade Union Confederation
EU	Europäische Union
EUA	European Unit Allowance
EU-ETS	European Union Emissions Trading System
GUE/NGL	Vereinigte Europäische Linke/ Nordische Grüne Linke
HGÜ	Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung
ITER	International Thermonuclear Experimental Reactor
JI	Joint Implementation
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KSČM	Komunistická strana Čech a Moravy (Tschechische Republik)
NGO	Non-Governmental Organization
PV	Photovoltaik
SP	Socialistische Partij (Niederlande)
SV	Sosialistisk Venstreparti (Norwegen)
V	Vänsterpartiet (Schweden)
VAS	Vasemmistoliitto (Finnland)
ZMAG	Zelena mrežaa aktivističkih grupa (Green Network Zagreb)